

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

96 (25.4.1931)



# Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegblätter zweifach und Stielzeile 8 Pfennig. Die Zeilen-Millimeterweite 60 Pfennig. Bei Mehrzeilen Rabatt nach Tarif, bei Mehrzeilenhaltung des Zeitungslesers, bei gerichtlicher Betreibung und bei Konturen außer Kraft tritt. Größere und Besondere in Karlsruhe L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vormittags

Antere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ober Zulassung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,66 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint einmal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postzeitung 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2. Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volksfreund-Milieu: Durlach, Hauptstraße 9. D. Baden, Tagblattstraße 12. Rastatt, Kolonnenstraße 7. Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 96

Karlsruhe, Samstag, den 25. April 1931

51. Jahrgang

## Entscheidende Kabinettsberatungen Die Sozialdemokratie auf dem Posten

Amlich wird mitgeteilt: Reichsminister Dr. Brüning empfing heute nachmittags den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, zu einer eingehenden Aussprache über das gesamte agrarpolitische Programm. Die Frage war am Donnerstag im Rahmen der Gesamterörterung des Arbeitsprogramms der Reichsregierung bereits in großen Umfassen besprochen worden und wird am Samstag im Kabinettsrat in einzelnen zur Beratung kommen.

Der Sozialdemokratische Pressedienst macht hierzu folgende Mitteilungen: Das Kabinettsrat berät in den nächsten Tagen über die Maßnahmen, die auf dem Gebiete der Finanzen, der Wirtschaft und Sozialpolitik getroffen werden sollen. Die kommunistische Presse aber kennt schon heute das Ergebnis dieser Verhandlung. Nach ihrer Behauptung sollen in kurzen wöchentlichen Abständen Notverordnungen erlassen, deren Inhalt bereits mit der Deutschen Volkspartei vereinbart seien. Die Agrarwünsche des Landbundes würden befriedigt, einschneidende Beschränkungen der Arbeitslosenversicherung, ebenso der Invaliden- und Knappschaftsversicherung würden vorgenommen. Bei der Unfallversicherung erfolge ein Leistungsabbau. Die Beamtengehälter würden so oder so wahrheitsgemäß auf dem Wege einer zehnprozentigen Zwangsanleihe gesenkt um.

Die Herren machen es sich leicht, nachdem sie einfach alle die Forderungen aneinanderreihen, die in den letzten Tagen von rechts gerichteten Unternehmern und ähnlichen wirtschaftlichen Organisationen aufgestellt wurden. Sie fügen dann noch die am letzten Sonntag von dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei formulierten „Kampfsiele“ für eine Verfassungsreform hinzu und stellen die Dinge so dar, als ob das Programm der Volkspartei das in aller nächster Zeit zu verwirklichende Programm der Regierung sei. Ueber eine solche demagogische Unverantwortlichkeit braucht kein Wort verloren zu werden.

Auf der anderen Seite wird natürlich niemand in Abrede stellen, daß die Beratungen, die das Kabinettsrat jetzt führt, von weitestgehender Bedeutung sind und daß die Vertreter der Arbeiterklasse auf der Seite sein müssen. Die Dinge werden sich nicht so gestalten, wie die Kommunisten anfangen, aber auch wenn die Beschlüsse des Kabinetts hinter dem was die Kommunisten zu befürchten vorgeben, nicht unbedeutend zurückbleiben, könnte das Ergebnis doch von verhängnisvollen Folgen für die Arbeiterklasse sein. Jedenfalls wird die Sozialdemokratie auch in einer Zeit, in der das Parlament nicht verammelt ist, ihren ganzen Einfluß aufzubringen, um zu verhindern, daß die wirtschaftliche und finanzielle Zwangslage, in der sich das Land befindet, in einer für die Arbeiterklasse unerträglichen Weise ausgenutzt wird. Sie befindet sich dabei jedenfalls in einer besseren Situation als die Kommunisten. Die Politik, die sie bisher getrieben hat, ermöglicht ihr, Gefahren abzuwenden, die die kommunistische Presse nur auszusagen vermag. Diese Möglichkeiten wird sie jetzt ebenso ausnützen, wie letzter Zeit nach dem Erlaß der Notverordnung vom vergangenen Juli, die sie in verhängnisvoller Hinsicht mildern konnte. Die Erfolgsaussichten würden aber jedenfalls besser, wenn sie sich dabei auch auf diejenigen stützen könnte, die heute ganz ohne Rücksicht auf die tatsächliche Gefahr in dem sofortigen Sturz des Kabinetts Brüning die einstige politische Weisheit erblicken.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand hat mit dem Reichsminister für den Anfang der kommenden Woche eine politische Aussprache in der Reichsminister verabredet.

### Oberbürgermeister-Wahlkampf in Stuttgart

Der Wahlkampf für die am Sonntag stattfindende Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart (in Württemberg bekanntlich durch Volksabstimmung), hat seinen Höhepunkt erreicht. Durch die Aufstellung der kommunistischen und nationalsozialistischen Parteikandidatur hat er zuletzt noch eine anfangs nicht in Aussicht genommene Heftigkeit erfahren. Der kommunistische Kandidat Torgler hat sich so viele und reichhaltige Versprechungen an die verschiedensten und wirtschaftlich in schärfstem Gegensatz zu einander stehenden Erwerbskreisen geleistet, daß selbst inintereue Mosauer Gefinnungsfreunde mehrfach schon bedenklich den Kopf dazu geschüttelt haben. Die Agitatoren für die nationalsozialistische Kandidatur des Gaswerksbeamten Strölin aber überpurzelt sich förmlich in geglätteten und unwahren Behauptungen über die Vermögenssituation des wieder kandidierenden jetzigen Oberbürgermeisters Lautenschlager, so daß sich die Stadtverwaltung selbst genötigt sah, sowohl in der Presse, wie auch mündlich auf dem Rathaus in einer Abteilungsitzung des Gemeinderats durch amtliche Erklärung diese zum Zwecke einer persönlichen Hege ausgeschreuten Unrichtigkeiten kurz und bündig zu widerlegen.

### Sozialdemokratischer Präsident der Bremer Bürgerchaft

W.B. Bremen, 24. April. In der heutigen Sitzung der Bremischen Bürgerchaft wurde der bisherige Vizepräsident O. F. Loh (S.P.D.) in der Stichwahl mit 47 gegen 43 Stimmen, die auf den Kandidaten der Nationalsozialisten und bisherigen Präsidenten Konrad Bernhardt entfielen, zum Prä-

denten der Bremischen Bürgerchaft gewählt. 23 Stimmen waren ungültig. Da die ersten drei Wahlgänge keine absolute Mehrheit für einen der vorgeschlagenen vier Kandidaten ergeben hatten, war es zur Stichwahl gekommen.

### Sozialdemokratischer Sieg in Holland

Amsterdam, 24. April. (Eig. Draht.) Das bereits erwähnte Ergebnis der niederländischen Provinzialparlamentswahlen zeigt, daß die Sozialdemokratie allein Sieger dieses Wahlkampfes ist. Sie erhöhte die Zahl ihrer Gesamtstimme von 120 im Jahre 1927 auf 130, die Zahl der auf sie abgegebenen Stimmen von 609.000 auf rund 749.000 oder 22,9 Prozent. Keine andere Partei hat einen auch nur ähnlichen Gewinn an Stimmen zu verzeichnen, vielmehr verzeichnen die bürgerlichen Mittelparteien, aber auch die Freisinnigen und Demokraten, einen auffallend starken Rückgang.

### Der Vormarsch der Partei!

Seit 1929 über 100 000 Mitglieder gewonnen

Sieben verläßt das „Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie“ für 1930 die Druckmaschinen. Wie in den Vorjahren zeigt auch jetzt das umfangreiche Verzeichnis eine Fülle von Einzelheiten aus der gewaltigen sozialistischen Kulturbewegung. Für heute sei nur ein einziges daraus hervorgehoben, um das Wachstum und die innere Festigung der Organisationen aufzuzeigen.

Zunächst die Mitgliederzahl! Sie hat seit dem letzten Parteitag (1929) einen Zuwachs von über 100 000 zu verzeichnen und hat seit dem vorigen Jahre

die Mitgliederzahl von einer Million bereits weit überschritten. Am 1. Januar 1931 wurden in sämtlichen Bezirksorganisationen des Reiches genau 1 037 384 Mitglieder gezählt, davon waren 228 278 Frauen. Die Zahl der Ortsgruppen ist seit Ende 1928 von 8462 auf 9844 gestiegen! Ebenso deutlich wie in der gesteigerten Mitgliederzahl zeigt sich die innere Festigung auch in der Uebersticht über die Beitragsleistungen. Allein die regelmäßigen Wochenbeiträge — also ohne Sammelbeiträge und ohne die jahresmäßig vorgezeichneten Sonderbeiträge für Höherbeholdete — beliefen sich auf r u n d 7 1 4 9 5 5 2 M a r k, die in Form von rund 39 Millionen Wochenbeitragsmarken geleistet wurden.

Zum ersten Mal hat der Parteivorstand eine Statistik über die Dauer der Parteizugehörigkeit, über das Alter der Parteigenossen und über die Berufsverteilung veranstaltet. Diese Aufstellungen geben einen besonders interessanten Einblick in die Gliederung der Organisation der Sozialdemokratie.

Nach der Dauer der Parteizugehörigkeit konnten gezählt werden in Jahressgruppen:

bis 5 Jahre	482 902	= 46,55 Prozent
5—10 Jahre	168 779	= 16,26 Prozent
10—15 Jahre	171 476	= 16,52 Prozent
über 15 Jahre	214 227	= 20,65 Prozent

Das Lebensalter der Parteimitglieder allederst sich folgendermaßen:

bis 20 Jahre alt waren	12 134
20—25 Jahre	69 190
25—30 Jahre	107 265
30—35 Jahre	132 681
35—40 Jahre	141 919
40—45 Jahre	148 346
über 45 Jahre	425 849

Diese dankenswerte Aufstellung zeigt, wie fürcht das Gerede von der „Ueberalterung“ der sozialdemokratischen Mitgliedschaft ist. Tatsächlich steht die Mitgliedschaft frisch und kampfbereit da, jeden Augenblick in der Lage, neue politische Kämpfe auf sich zu nehmen. Fest und geschlossen steht die Sozialdemokratie, man auch die nationalsozialistische Presse mit ihren bekannten Methoden diese Ziffern vergeblich zu entwerthen suchen.

Auch die statistische Durchprüfung der Berufsangehörigkeit, auf die im einzelnen noch zurückzukommen sein wird, ist von hohem Interesse. Sie ergibt, daß die Sozialdemokratische Partei ihrem Wesen nach eine

Partei der Arbeiter und Angestellten ist. Rund 59,48 Prozent ihrer Mitglieder sind Arbeiter im engeren Sinne, 10,02 Prozent Angestellte. Dazu kommen noch 3,95 Prozent Lehrer und Beamte.

Insgesamt zeigt schon ein flüchtiger Blick in den umfangreichen Jahresbericht der Partei, wie stark die sozialistische Bewegung im deutschen Volke verankert ist. Die erfreulichen Ergebnisse unserer Arbeit werden uns jedoch keinen Anlaß geben, auf dem Errungenen auszuruhen, sondern vielmehr dazu anporren, in neuer Wehrbereitschaft das Werk auszubauen. Gerade jetzt gilt für jeden mit besonderer Eindringlichkeit die mahnende Frage:

„Wo bleibt der zweite Mann?“

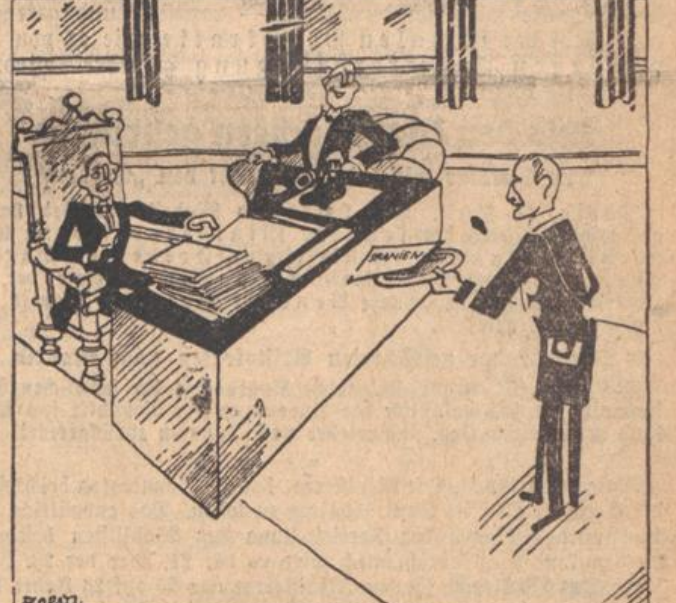
## Wenn Throne stürzen...

Feudalpolitik blamiert Deutschland

Der Sturz der spanischen Monarchie hat weit über das Land der Ibdagos hinaus seine politische Bedeutung. Mit Keulenschlägen wird immer mehr allen Völkern eingeschlämmt: „Es ist die Zeit der Könige nicht mehr“. Immer größer wird der Kreis jener Staaten, die es satt haben, sich von einer kleinen Gruppe ehemaliger Erobererfamilien regieren zu lassen. Immer umfangreicher wird der Kreis der Völker, die ihre Geschicke selbst in die Hand nehmen. Diese mit der großen französischen Revolution begonnene Entwicklung läßt sich nicht mehr aufhalten und wird ihren Siegeszug in der Welt fortsetzen, mögen auch die einst herrschenden Mächte kein Mittel unversucht lassen, um die Entwicklung der Staaten zu modernen Formen soweit und solange als möglich zu hemmen.

Der in der Welt noch vorhandene Rest von monarchischen Staaten bemüht sich daher, durch kluge Anpassung an die vorhandene Zeitentwicklung diesem Zustand Rechnung zu tragen und so zu verhindern, daß ein plötzlicher Ausbruch die letzten Dämme ihrer einstigen Ordnung hinwegschwemmt. Anders in Deutschland, woselbst eine immer noch sehr mächtige Herrschaft einstiger Privilegierten mit allen Mitteln den Nimbus der verflochtenen Feudalmonarchien aufrecht zu erhalten sucht. Krampfhaft bemüht man sich, vor Deutschland alles fernzuhalten, was dem deutschen Volke zur Erinnerung brin-

### Spanisches aus der Wilhelmstraße



„Die „Spanische Republik“ wartet, Herr Legationsrat.“  
„Eine — Republik? — hm, die kann warten.“

gen könnte, daß die reaktionäre Hege, welche gegenwärtig das deutsche Volk durchzieht, seine Grundlage auf plumpen Schwindeln aufbaut. Deutschland solle möglichst wenig davon erfahren, daß die gesamte Welt trotz Mussolini dem in den letzten Tagen vielleicht etwas hange wurde, immer mehr vom Geiste republikanischer Freiheit erfaßt wird. Dagegen soll dem deutschen Volke von den Agenten der reaktionären Mächte vorgemacht werden, in der einstigen Zeit fürstlichen Absolutismus sei alles Glück und Segen gewesen.

Als Typus wie selbst im offiziellen republikanischen Deutschland versucht wird, den monarchistischen Institutionen im Ausland Liebesdienste zu erweisen, darf wohl die sonderbare Art bezeichnet werden, wie sich in Deutschland erst nach langem Hin und Her die Anerkennung der jungen Republik Spanien vollzog. Statt mit froher Begeisterung die jüngste Republik zu begrüßen und sich damit außenpolitische Freundschaft zu schaffen, hat die Berliner Wilhelmstraße, die in letzter Zeit peinlich darauf achtet, jeden Fehler zu machen, der überhaupt nur gemacht werden kann, die Anerkennung der spanischen Republik solange hinausgezögert, bis sie schließlich gar nicht mehr anders konnte, als (wie sie in vorsichtiger Formulierung erklärt) „unter Anerkennung der vorläufigen Regierung, die amtlichen Beziehungen mit ihr aufzunehmen“. Erst mußten neben einer Reihe anderer Staaten, nicht nur Frankreich, die spanische Republik anerkennen, sondern auch Großbritannien, dessen Dynastie mit dem spanischen Königspaare eng verwandt ist, bis Deutschland sich zur Anerkennung der spanischen Republik entschloß — ja! am dem Tage, an dem auch die Vereinigten Staaten von Amerika die Anerkennung der spanischen Republik bereits vollzogen hatte. Deutschland hat wieder einmal den Beweis geliefert, daß auch heute noch die alte Feudalpolitik, welcher der republikanische Geist der heutigen Welt ein Greuel ist, immer noch fest im Sattel sitzt. Das deutsche Volk muß jedoch vor der Außenwelt immer wieder die Hege dafür bejahen.

Im Gegensatz zur nachhinkenden Erkenntnis des deutschen Feudalismus, dem die bürgerlich-reaktionäre Presse in freudigem Gehorsam Liebedienend ihre Dienste leistet, muß man



es der katholischen Kirche lassen, daß sie den Zug der Zeit erkennt und versucht, auf dem Boden der nun gegebenen Verhältnisse sich einzurichten. In diesem Zusammenhang ist ein Artikel von Friedrich Madermann S. J. im Badischen Beobachter „Wenn Throne stürzen...“ äußerst interessant und zur Klarstellung des Verhältnisses der Kirche zur modernen Staatsentwicklung sehr lehrreich. Vater Madermann geht aus von der unerhörten tragischen Schwere des Ereignisses, daß die spanische Krone, die einst auf dem Haupte Karls V., in dessen Reich die Sonne nicht unterging, sich heute nicht mehr die Geschichte der südwestlichen Halbinsel Europas leitet und führt dann fort:

„Die neuen Männer sind durchweg Kinder der französischen Zivilisation. Ein katholischer König, auf den sich die christliche Zivilisation des Abendlandes verlassen konnte, ist nicht mehr. Eine in Jahrhunderten gewachsene Stütze des Weltkatholizismus ist gebrochen. In einer Weltstunde, die durch den Vormarsch der bolschewistischen Revolution gekennzeichnet ist, erhebt eine ebenfalls revolutionäre Macht im konservativen Lande der Welt ihr Haupt. Kein Zweifel, daß Rom, falls sich in Spanien die demokratische Republik durchsetzt, auch zu ihr ein Verhältnis haben wird. Die unwandelbare Kirche hat einfach mit den wandelbaren Mächten dieser Welt zu rechnen. Wir wollen nicht darüber streiten, ob der spanische Katholizismus in sozialer Hinsicht alles getan hat, was notwendig war, um den Umsturz innerlich unendlich zu machen. Darüber wollen wir nicht streiten, wohl aber etwas herausstellen, was keiner Diskussion bedarf und durch keinen Einspruch erschüttert werden kann. Der weltliche Arm, dessen die Kirche Christi auf dieser Welt nicht entbehren kann, ist nicht mehr der gleiche wie in früheren Tagen. Wir können uns auf Kaiser und Könige nicht mehr verlassen, wo nun wieder eine Krone in den Staub rollt. Die Kabinette der Fürsten sind ersetzt worden durch den Boden des Parlaments, und wer dort zu agieren hat, das sind nicht mehr ein paar durch Blut und Tradition hervorragende Menschen, sondern es ist das Volk selber.“

Wenn auch diese Ausführungen des bekannten Jesuitenpaters im Badischen Beobachter vor allem darauf zugeschnitten sind, die Interessen der katholischen Kirche im Rahmen heutiger staatsrechtlicher Verhältnisse wirkungsvoll zu vertreten, so zeigen sie doch, daß die katholische Kirche an Weitsicht und Erkenntnis der politischen Richtung moderner Menschheit sowohl der heute in Deutschland noch sehr einflussreichen Feudaldiplomatie weit überlegen ist, wie auch jenen zumeist im deutschen Mittelstand noch vorhandenen bürgerlichen Kreisen, welche glauben, durch eine maßlose Hege gegen die Republik den Geist des verfallenen Absolutismus neu zu beleben. Die katholische Kirche hat erkannt, daß dem Gedanken der Volkshoheit die Zukunft gehört, daß die Völker sich selbst regieren wollen und sie hat, geführt durch jahrtausendelange Erfahrung, ihre Taktik, auf diese Tatsache eingestrichelt. Der deutsche Feudalismus lebt jedoch immer noch in einer dahingekommenen Welt und das deutsche Bürgerium ist dümm genug, seinen einstigen Zwingherren dabei Gefolgschaft zu leisten. Trotz aller republikfeindlichen Hege in Deutschland geht jedoch die Zeit weiter und der republikanische Gedanke wird sich durchsetzen — verstärkt und getragen vom Geist der sozialen Demokratie, wie er von der modernen Arbeiterbewegung gefordert wird.

### Aus den Mausfeldern gekrochen

Der Diktator leistet der Republik den „Trenneid“

Paris, 24. April. Wie Savas aus Madrid berichtet, haben als erste Offiziere der früheren Ministerpräsident General Berenguer und sein Bruder, Frederico Berenguer, ehemaliger Generalkapitän von Madrid, sowie der in Untersuchungshaft befindliche General Mola den Trenneid auf die Republik geleistet.

Rückkehr der geflüchteten Aristokraten nach Madrid

Madrid, 24. April. Zahlreiche Angehörige der spanischen Aristokratie, die sich anlässlich der Ausrottung der Republik ins Ausland geflüchtet hatten, sind wieder nach Spanien zurückgekehrt.

Madrid, 24. April. Der Ministerrat hat am Donnerstag beschlossen, die Corteswahlen im Juni abhalten zu lassen. Das endgültige Datum wird erst nach der Fertigstellung der Wahllisten bestimmt werden können. Wahrscheinlich wird es der 21. oder der 28. Juni sein. Das Wahlalter ist vom Ministerrat von 25 auf 23 Jahre herabgesetzt worden. Außenminister Terroux wird sich im Mai nach Genf begeben, um Spanien bei der Tagung des Völkerbundesrates zu vertreten. Nachdem jetzt alle Großmächte die spanische Republik anerkannt haben, will sich das Kabinett mit der Ernennung der Auslandsvertreter beschäftigen. Für den Botschafterposten in Berlin soll José Ortega y Gasset und zum Botschafter in Lissabon Prof. Inamuno aussersehen sein.

### Mosleys Schiffbruch

London, 23. April. (Eig. Draht.) Wegen der diktatorischen Methoden ihres Führers ist es in der neuen Partei Oswald Mosleys zu einem Streit und zu einer schweren Krise gekommen. Der Vorstand der Ortsgruppe Manchester ist zurückgetreten. Es fehlte zwar bisher der Partei nicht an Geld und nicht an Offizieren, die Soldaten waren ausgeblieben. Das jetzt bereits die Offiziere davonlaufen beginnen, ist für die englische Presse ein Beweis für den völligen Schiffbruch der Mosleybewegung, die nur noch als Familienangelegenheit betrachtet wird.

### Betriebsespionage

Nach, 24. April. Ein neuer Spionagefall wurde in diesen Tagen bei der Röntgen-Sicherheitsglas G. m. b. H. aufgedeckt. Der Diplomingenieur P. F. Scholl soll das Fabrikationsverfahren einer neuen Erfindung, des sogenannten Tugelschieren Panzerglases, an eine ausländische Macht verraten haben. P. F. Scholl wurde in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Oslo, 24. April. Nach Blättermeldungen aus Paris hat die Pariser Polizei auf Grund eines Anklagens der norwegischen Stickstoffgesellschaft eine Hausdurchsuchung bei dem bekannten norwegischen Chemiker Dr. Emil Collect vorgenommen, der für die Gesellschaft in Paris arbeitete. Collect, der früher Angestellter der norwegischen Stickstoffgesellschaft gewesen ist, wird beschuldigt, ihr Verfahren für die Stickstofffabrikation zugunsten der polnischen Stickstoffgesellschaft in Tarnow bekannt zu haben, bei der er tätig war. Collect stellt das in Abrede. Gleichzeitig damit hat die norwegische Stickstoffgesellschaft ihren leitenden Angestellten Dr. Blisch entlassen, der beschuldigt worden ist, Collect weitere Betriebsgeheimnisse verraten zu haben. Dr. Blisch will wegen seiner Entlassung vor dem Arbeitsgericht klagen.

# Untertanenbewußtsein

## Die Eierschalen des Feudalismus

Stuttgart, 24. April. (Eig. Meldung.) Immer wieder zeigt es sich, wie schwer es den Deutschen fällt, sich geistig und damit auch politisch von den Ueberlieferungen der Feudalzeit freizumachen und in den Angehörigen adeliger Familien nur noch gleichberechtigte Mitbürger zu erblicken. Immer wieder bricht das „Untertanenbewußtsein“ durch und veranlaßt sogar Leute, die von amtswegen die Würde des demokratischen Staatsbürgers zu machen hätten, zu einer übertriebenen Liebedienerei, die sie schon aus Gründen der Selbstachtung unterlassen sollten. Da ist in dem schwäbischen Städtchen Langenau a. d. Jagst der Stammsitz der fürstlichen Familie Hohenlohe-Langenburg. Der sogenannte „Erbröhr“ feierte in dieser Woche dort seine Hochzeit mit einer Tochter des früheren Königs von Griechenland. Natürlich mit all dem Prunk, den sich diese „notleidenden“ Herrschaften heute immer noch leisten können. Wenn man die Liste der „erlauchtesten“ Gäste liest, die dem Ereignis beigewohnt haben, bekommt man ein Bild von den in diesen Kreisen heute noch bestehenden Lebensmöglichkeiten. Da war: Königin Maria von Rumänien, Großfürst Kirill von Rußland, die Kronprinzessin von Schweden, ein griechischer Prinz, die Großfürstin Kira von Rußland, ein Prinz René von Bourbon-Parna und verchiedene in Deutschland heimatisierte Prinzess-Fürsten und Markgrafen. Dazwischen auch der „Bürger“ August Thullen.

Also eine teils goldene, teils blaublütige Internationale, deren Fest der Segen gesendet wurde sowohl durch den Defak aus Heidelberg in Württemberg, wie durch einen eigens von Paris hierfür herangeschickten Archimandriten und aus Wiesbaden heran-

geholt zuffische Säner. Es fehlten auch nicht der Gemeinbedarf der Stadt, sowie die Schulen, die zwei Abende hintereinander sich veranlaßt haben, mit Ansprachen, Gesang und Fadeln vor den halboffen auf sie herabschauenden „hohen Herrschaften“ zu dienen und den vriebeijischen Hintergrund für deren Unruhe und heute gar nicht zeitgemäße Festlichkeiten zu bilden.

Es wird, so scheint es, noch lange dauern, bis sich die Bürger der deutschen Republik die ihnen immer noch anhaftenden Eierschalen aus der Feudalzeit endgültig abgestreift haben werden.

## Schatten über eine Nazikasse

Aus Stuttgart wird geschrieben:

Im Stuttgarter Sturm 40 der Nazis stimmt die Kasse nicht. Nach den Mitteilungen der Schwäbischen Tagwacht haben der SA-Gruppenführer Arnstadt und der SA-Mann Merzberger dies aufgedeckt. Aber das nakte dem Sturmführer Schwarz nicht, der nun auf Grund des „Führerprinzips“ die Zweifel an der Richtigkeit der Kasse aus seinem Sturm und aus der SA ausschloß. Aber auch dieser Akt konnte leider die Kasse nicht stimmend machen, zumal sich bei näherer Untersuchung herausstellte, daß Schwarz selbst und noch andere SA-Leute die Sturmkasse als persönliche Darlehenkasse für sich betrachtet und in Anspruch genommen hatten. Es blieb daher nichts anderes übrig, als die ganze Sache vor den Stuttgarter Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß zu bringen, der nun ein salomonisches Urteil fällen soll. Inzwischen hält aber der Sturmführer Schwarz von dem das geniale Defekt stammt, „Die Kasse stimmt“, weiterhin musterartige Ordnung.

## Auseinanderlegungen im Roggenauschuß

Sozialdemokratie gegen untragbare Ueberspannungen Berlin, 24. April. (Eig. Draht.)

Der Roggenauschuß des Reichstags setzte am Freitag seine Erörterungen über die Exportzölle fort. Das Ergebnis der Diskussion war, daß sämtliche gegen zu nehmende Parteien grundsätzlich die Ueberspannung der alten Einfuhrzöllepolitik durch die jetzige Getreidepolitik der Regierung billigten; doch vom Zentrum und besonders von der Sozialdemokratie gegen die Ueberspannung der Exportzölle Stellung genommen und die Verminderung jeglicher Erhöhung der Preise nachdrücklich gefordert wurde.

Reichsminister Schiele führte aus, daß seit dem Frühjahr 1929 eine grundlegende Wandlung der Struktur des Roggenweltmarktes sich vollzogen habe, die sich in einem Sinken des Roggenweltmarktpreises von 170 auf 70 M. teilweise sogar auf 58 M. je Tonne auswirkte. Deswegen wäre es notwendig gewesen, Deutschland schrittweise aus dem Roggenexport zurückzuziehen und durch die Einfuhrzöllepolitik eine bessere Bewertung unseres Roggenüberschusses im Inlande herbeizuführen.

Abg. Hülferding (Soz.) betonte gegenüber dem deutschen nationalen Stübendorf, der weiter die Verschleuderung des deutschen Roggens mit Hilfe der Exportzölle forderte, Stübendorf solle sich doch einmal die primären Grundlagen der Handelspolitik ansehen, nach denen jeder, der ausführen wolle, selbstverständlich auch Waren einführen müsse. Die Ansicht Stübendorfs, die Getreideausfuhr mit Hilfe von Exportzöllen sei keine volkswirtschaftliche Verschwendung, sei irrig. Auch für die Reichsfinanzen sei der Einfuhrzölle sehr verlustreich, wenn mit dem Einfuhrzölle der Zoll für eine andere Getreideart bezahlt werden kann, als für die er ausgesetzt ist. Deshalb sei der Abschluß des deutsch-polnischen Roggenabkommens, der ein gegenseitiges Unterbieten verbieten soll, durchaus zu begrüßen. Hülferding würde Deutschland auch zu einem ähnlichen Abkommen mit Rußland anleiten. Angesichts der schweren Lage der Nation sei die Sozialdemokratie mit der neuen Roggenpolitik einverstanden, obwohl sie den Konsumanten gewisse Opfer auferlege und obwohl sie alle Einzelheiten dieser Politik nicht gebilligt habe. Die Bedenken gegen die Ueberspannung der Roggenpolitik seien aber in der letzten Zeit, besonders gemacht, da sie eine Verteuerung des Brotes zur Folge haben könne. Die Politik, die von den Deutschnationalen vertreten werde, sei aber völlig unmöglich, da durch sie die Produktionskosten für die Bevölkerungswirtschaft und damit Fleisch und Wolleerzeugnisse unendlich verteuert würden.

Vor dieser Diskussion wurde Reichsfinanzminister Dietrich, der bis zum April 1930 Reichsernährungsminister war, über die Vorgänge vernommen, die zu der Berufung Dr. Baabes zum Reichskommissar für die Roggenwirtschaft geführt haben. Dietrich sagte aus, daß damals die Frage aufgetaucht sei, wie man die verlustbringende Einfuhrzöllepolitik durch andere für die Landwirtschaft wirkungsvollere Maßnahmen abstellen könnte. Da gerade Dr. Baabe für diese Aufgabe geeignet erschienen sei, habe er ihn zum Getreidekommissar ernannt. Für die Landwirtschaft sei dies kein Schaden, sondern ein Vorteil gewesen, denn damals habe man die Agrarpolitik mit Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei eingestellt. Ohne diese Umstellung würde die Landwirtschaft heute steife sein.

## Naziabg. wegen Beleidigung verurteilt

Mülheim, 24. April. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte heute den nationalsozialistischen Reichstagsabg. Josef W. a. n. e. r. (Bochum) wegen verlesender Beleidigung zu einer Geldstrafe von 330 Mark. Im November und Dezember vor. Js. waren in der von ihm verantwortlichen gleichnamigen Zeitung Die neue Front zwei Artikel erschienen, die die allerhöchsten Beleidigungen gegen einen Staatsanwaltschaftsrat, einen Direktor des Bremer Bankvereins und einen Rechtsanwalt in Mülheim enthielten.

Rln, 24. April. (Eig. Draht.) Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Len hatte sich am Freitag vor dem Schöffengericht in nicht weniger als vier Beleidigungsprozessen zu verantworten. In einem Falle wurde Len freigesprochen, im zweiten zu 300 M. Geldstrafe verurteilt, während die anderen beiden Prozesse vertagt wurden.

## Polen und Danzig

Danzig, 25. April. (Funkdienst.) Der Danziger Regierung sind von zuverlässiger Seite Informationen darüber zugegangen, daß Polen während der nächsten Völkerbundsversammlung die Anwendung des Ratsbeschlusses vom 22. Juni 1921 zu erreichen trachtet. Danach kann Polen im Falle von Störungen der inneren Ordnung, sobald sich die Danziger Polizei machtlos erweist, die „Sorge für die Sicherheits Danzigs“ übertragen werden.

## Brotpreiserhöhung in Dresden

Dresden, 24. April. (Eig. Draht.) Am Montag tritt in Dresden eine Erhöhung des Brotpreises um 1/2 Pfg. pro Pfund ein. Der Bürgermeister Dr. Kils hat sich bei der Reichsregierung bisher vergeblich bemüht, diese Erhöhung zu verhindern. Es schweben Verhandlungen, den Brotpreis für die Fürsorgeempfänger auf der bisherigen Höhe zu halten.

Was bedeutet das Reichsernährungsministerium angesichts dieser neuerlichen Entwicklung zu tun?

Berlin, 25. April. (Funkdienst.) In Magdeburg ist der Brotpreis mit sofortiger Wirkung von 50 auf 55 Pfennig erhöht worden.

Angesichts dieser Vorgänge ist das Eingreifen der Reichsregierung dringender erforderlich. Das Reichskabinett wird sich in diesen Tagen entscheiden müssen, ob es den protektionistischen Forderungen des Reichslandwirtschaftsministers, die Zollschraube wieder um einige Umdrehungen anzuziehen, nachgeben und damit eine völlig ideen- und prinzipiell politische Fortsetzung will, die nicht einmal der Landwirtschaft einen Vorteil verschafft, der Verbraucher aber neue Lasten aufbürdet! Die Geduld der Arbeiterschaft hat auch ihre Grenze.

## Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage

BRB, Berlin, 24. April. Die Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage hält wieder allmählich an je drei Tagen ihre Sitzungen ab. Sie beschäftigt sich heute mit einem zweiten Referat mit den Fragen der Untersuchungen für die Arbeitslosen.

Berlin, 24. April. (Eig. Draht.) Professor Eduard Heimann, Hamburg, der bisher der Brauns-Kommission zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit angehört hat, ist wegen Meinungsverschiedenheiten über die Arbeitsweise dieser Kommission ausgeschieden. Professor Heimann ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

## Englands Gewerkschaften fordern Erwerbslosensteuer

Ein in der letzten englischen Thronrede angekündigtes Parlamentskomitee wird sich in diesem Sommer eingehend mit der Erwerbslosenunterstützung zu befassen haben. Es wird am 4. Mai u. a. die Ansichten der Gewerkschaften hören. Der Generalrat hat deshalb Vorarbeiten ausgearbeitet, die die gesamte Erwerbslosenunterstützung auf eine neue Grundlage stellen sollen.

Bisher haben die beschäftigten Arbeitnehmer etwa 70 die Arbeitgeber ungefähr 80 Pfg. pro Kopf und Woche dem Erwerbslosenfonds beigetragen, während der Staat den Hauptanteil getragen hat. Die Gewerkschaften sind nunmehr der Ansicht, daß diese Lastenverteilung ungerecht und untragbar für alle Teile ist und nicht einmal den Arbeitslosen jene Unterstützung gewährt, auf die sie Anspruch haben. Die Erwerbslosenfrage ist eine nationale Not und ausreichende Erwerbslosenunterstützung für jeden Arbeitslosen ist eine nationale Pflicht. Aus diesem Grunde schlägt der Nationalrat vor, eine allgemeine Erwerbslosensteuer einzuführen. Jedes Einkommen unter 250 Pfund soll jährlich mit 1 Prozent, die Einkommen über 250 Pfund sollen mit einer höheren, abgestuften Steuer als Beitrag zum Erwerbslosenfonds herangezogen werden. Als Unterhaltungsbeitrag werden 30 Schilling pro Woche für Verheiratete vorgeschlagen, mit 5 Schillingen für jedes Kind, für 16- bis 18-Jährige 15 Schilling pro Woche.

## Kulturveteran gestorben

In Berlin starb dieser Tage Stadtkämmerer Dr. Rudolph Penzlin, wozu der Vormarsch folgenden Nachruf bringt:

Nach einem kurzen aber reichen misglückten Verlauf, in der französischen Schweiz sich eine Erkennung als Lehrer zu erlangen, kehrte Penzlin, der am 30. Januar 1855 geboren wurde, 1893 nach Berlin über. Hier entfaltete er im Laufe der Zeit eine liberale Tätigkeit. Neben der Berufstätigkeit zahlreiche ethnisch-ethnologische Schriften betätigte er sich als Förderer der „Ethischen Kultur“, als Erzieher der humanistischen Gemeinde, als Volksschullehrer und auch als Stadtratsmitglied in Charlottenburg. Mit Unterstützung der Sozialdemokraten wurde Penzlin 1905 zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Aber in jenen herrlichen Zeiten mußte die Festhaltung auch eines so bedeutenden Mannes, der aber Diktator war, erst gegen die reaktionäre Regierung erkämpft werden. 1924 beauftragte der Stadtrat ihn mit der Abfassung einer Denkschrift über die brennenden Fragen des Schulwesens. Schon gleich 1914 nach Ausbruch des Krieges erklärte Penzlin seinen festen Entschluß, sich nach Beendigung des Krieges der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Und diesen Entschluß hat er auch ausgeführt, ohne freilich bei seinem hohen Alter noch praktisch politisch tätig sein zu können. Die alte Zeit hatte die Kräfte dieses Mannes nicht zu würdigen gewußt.

Junker & Ruh-Gasherde zu beziehen durch das Spezialgeschäft Karl Haug in Karlstraße 28 Telefon 2714



# Freistaat Baden

## Wie die Kommunisten die Mai-Dee verhandelten

Aus dem Landtag schreibt man uns:  
Im Parlamentsbericht der Parteipresse ist bereits mitgeteilt worden, welche unglücklich traurige Rolle die 5 Kommunisten bei der Beratung über den kommunistischen Antrag, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären, in der Landtagssitzung vom 23. April gespielt haben.  
Man überlege sich, daß der Antrag den Zweck hatte, für den 1. Mai Propaganda zu machen, die bürgerlichen Parteien des Landtags dafür zu gewinnen, daß sie ihm sympathisch gegenüberstehen und eventl. dafür zu haben sind, daß er als gesetzlicher Feiertag erklärt wird. (Es war ja in Baden bereits einmal mehrere Jahre hindurch gesetzlicher Feiertag.) Der kommunistische Redner Wolf hätte sich also in diesem Sinne im Plenum an die bürgerliche Mehrheit wenden müssen, da ja die Sozialdemokratie im Rechtsprekassenrat dem kommunistischen Antrag bereits die Zustimmung gegeben hatte. Eine solche selbstverständliche Taktik zu üben, bringt aber ein Kommunist nicht fertig.

Was tat Wolf? Er schimpfte 20 Minuten lang ausschließlich auf die Sozialdemokratie, kam auf die Berliner Vorkommisse am 1. Mai 1929 zu sprechen, beschuldigte unsere Partei des Verrats an der Mai-Dee und ritt eine Attacke gegen die Polizei. Man wartete und fragte sich, wird er denn gar nichts gegen die bürgerlichen Verweigerer der Mai-Dee sagen? Er bewahrte! Er sagte kein Wort, obwohl er doch wohl bemerkt, wie einzelne von den bürgerlichen Parteien sich freuten und sich ins Häufchen lachten, daß die zwei Arbeiterparteien des Landtags derart aneinander geraten waren. Ist das nicht skandalös? Sehen dies die kommunistischen Nachläufer nicht ein?

Erst der sozialdemokratische Redner, der Mannheimer Abg. Kraft, hob den sittlichen und ethischen Gehalt der Mai-Dee auf die ihr gebührende geistige Höhe und zeigte den bürgerlichen Parteien, um welche Dinge es sich für die organisierte Arbeiterklasse am 1. Mai handelt. Keine öde und bloße Schimpferei auf die antragstellenden Kommunisten, sondern eine sachliche Darlegung der wirklichen Ziele des Mai-gebantens. Dies vermischte allmählich den schlechten Eindruck der bürgerlichen Anpöbele, aber in der nach der Rede Krafts folgenden Abstimmung zeigte sich natürlich die Einheitlichkeit der bürgerlichen Klassenfront und so wurde der Antrag mit 50 Stimmen gegen die 18 Stimmen der Sozialisten und Kommunisten abgelehnt.

Das Resultat wäre gewiß auch ohne die böckische Fregel kein anderes geworden, aber es ist doch bezeichnend und bemerkenswert, daß die Kommunisten, wenn sozialistische Probleme im Parlament behandelt werden, nichts Besseres zu tun wissen, als auf die Sozialdemokratie bloße zu schimpfen und die bürgerlichen Parteien ungeschoren zu lassen. Letzten Endes wirkt sich ein solches Verhalten der Kommunisten immer zum Nachteil der Gesamtarbeiterschaft, also auch der kommunistischen Arbeiter aus.

## Wie denkt man über den Hochschulverband?

### Ein Austritt

Das skandalöse Verhalten des Hochschulverbandes, der durch seinen Brief in Sachen Gumbel die Heidelberger radikalsten Studenten ermutigte (vgl. unsern Artikel vom 22. April) ruff Proteste aus weiten Kreisen hervor. Im Berliner Tageblatt nennt Rudolf Olden in einem bemerkenswerten Artikel das Verhalten des Hochschulverbandes einen „Rotau vor der Straße“ und drückt einen Brief ab, in dem Prof. Einstein sich mit der ganzen Wucht seiner Autorität schärfend gegen Gumbel stellt.

In Verfolg dieser Angelegenheit teilt Prof. Göthe, der bekannte Ordinarius für vorderasiatische Sprachen an der Universität Marburg, mit, daß er deswegen aus dem Hochschulverband ausgetreten sei und bittet um Abdruck des Briefes, den er zur Motivierung an den geschäftsführenden Vorsitzenden, den Bonner Moralphilologen Prof. Tillmann, gerichtet hat:

In den Mitteilungen des Deutschen Hochschulverbandes vom 20. März 1931, die erst jetzt zu meiner Kenntnis gelangten, ist ein Brief abgedruckt, mit dem der Vorstand des Verbandes das bekannte Schreiben der „Deutschen Studentenschaft“ von Mitte Januar über den Fall Gumbel beantwortet hat. Dieser Brief muß als heftigster Widerspruch hervorrufen. Wir haben in Heidelberg den beschämenden Fall erlebt, daß rechtsradikale Studenten gegen einen Hochschullehrer, dessen sozialistische und wissenschaftliche Gewinnung ihnen nicht genehm war, einen Kampf mit allen Mitteln entfacht haben. Als Vorwand dienten ihnen weit zurückliegende Ereignisse, die den heutigen Studenten nur in verzerrter Darstellung bekannt sind. Einen Akt in diesem Kampf bedeutet auch das Schreiben an den Hochschulverband, um dessen Verantwortung es sich hier handelt. Dieses Schreiben führt in überheblicher Weise die Ehre des deutschen Professorenstandes in Frage und enthält objektive Unrichtigkeiten wie die Angabe, Gumbel sei viermal wegen Landesverrats angeklagt gewesen, keine Berufung (1) sei unter bewusster Umgehung der Heidelberger Hochschulbehörde erfolgt. Es hätte härteste Zurückweisung verdient. Statt dessen erteilt der Hochschulverband mit seiner Antwort den Studenten noch eine Ermunterung. Er handelt damit nicht nur gegen seine Aufgaben als Standesvertretung, die sich vor einen in solch unerantwortlicher Weise angegriffenen Kollegen zu stellen hätte, er handelt auch gegen alle Unversitätslehrer, die die parteipolitische Verbedung der Studenten mit wachsender Sorge verfolgen. Er nimmt in einer politischen Angelegenheit eine völlig einseitige Stellung ein und verächtlich die Tatsache, daß er auch andersdenkende Kollegen zu seinen Mitgliebrern zählt. Es entspricht keineswegs der Ehre deutscher Professoren, einen Kollegen, dessen unethische Gesinnung und dessen Steben zu seiner Gewinnung auch den Andersdenkenden höchste Achtung einflößen sollte, dessen wissenschaftlichen Qualitäten und dessen pädagogische Fähigkeiten über allen Zweifel erhaben sind, in dieser Weise den Anariffen verhöhrer Jugend preiszugeben.

Unter diesen Umständen muß ich bebauern, den Hochschulverband nicht weiter durch meine Beiträge unterstützen zu können und erkläre hiermit meinen Austritt aus dem Deutschen Hochschulverband.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
aus ergebener  
Göthe.

Der Vorgang zeigt, wie aufrechte Akademiker die gegenwärtige Einstellung des Deutschen Hochschulverbandes ein-

# Aus aller Welt

**Für 5 Millionen Dollar Kaufgift beschlagnahmt**  
New York, 25. April. (Kundendienst.) An Bord des Hamburger Sapagadampfers „Milwauke“ wurden am Freitag Kaufgifte im Werte von 5 Millionen Dollar beschlagnahmt. In New York beschlagnahmt man diese Beschlagnahme als die größte, die bisher jemals erfolgt sei. Die Ladung, die als Wollware deklariert und in 17 Kisten untergebracht war, besteht aus großen Mengen Morphin, Heroin und Opium. Die Kaufgifte sind von Hamburg aus mitgeführt worden.

**Sturmschäden in Ancona**  
Ancona, 24. April. Von einem heftigen Sturmwind wurden in einem Quartier von drei neuen Häuserblöcken, die nach dem Erdbeben errichtet worden waren, die Dächer weggerissen. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt und Leuchtmasten umgerissen. Mehrere Personen wurden leicht verletzt.

**Ueberschwemmung in Moskau**  
Moskau, 24. April. Die Moskwa ist über ihre Ufer getreten und hat in den Moskauer Vororten zahlreiche Straßen unter Wasser gesetzt. Bis her konnten Menschen und Gut aus den überschwemmten Stadtteilen in Sicherheit gebracht werden.

**Der Schah in den Schuhen wiedergefunden**  
CNB. Berlin, 24. April. Wie aus Berlin berichtet wird, schenkte eine Frau in Zehlendorf einem Bettler ein Paar Schuhe, ohne zu ahnen, daß in diesem 1500 M von ihrem Manne aufbewahrt wurden. Der Bettler, dem wahrscheinlich Bargeld lieber war, verkaufte im Laufe des Tages die Schuhe an den Schuhmachermeister Kerpel, ohne zu wissen, was für einen Schah er aus den Händen gab. Der Meister las dann in den Tageszeitungen über die Geschichte, sah in den alten Schuhen rasch nach und fand auch die 1500 M, die er als ehrlicher Mensch sofort seinem zutunfähigen Polizeirevier übergab, von wo aus das Geld dem Eigentümer wieder zugesellt wird.

**Verurteilung wegen Fahnenflucht**  
Das Schöffengericht Tübingen hat einen, jetzt 35 Jahre alten früheren Eisenbahnkassierer von Ludwigsbad a. Rh. nach dem Kriege Infanterie-Unteroffizier in Tübingen, der 1921 seinen Dienst verlassen hatte und in die französische Fremdenlegion eingetreten war, wegen Fahnenflucht zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt; ferner wurde auf Dienstentlassung erkannt.

**Das abenteuerliche Schicksal der Frau v. Schönebeck**

CNB. Berlin, 24. April. Der Tod der Frau Antonia Weber, die sich, wie gemeldet, in der Nähe von Rapallo mit Veronal vergiftet hat, weckt die Erinnerung an einen der größten Sensationsprozesse der letzten Jahrzehnte. Frau Weber, die aus einer wohlhabenden Göttinger Familie stammt, war in erster Ehe mit dem Major v. Schönebeck vom Dragonerregiment Nr. 10 in Alenstein verheiratet. Dieser Major wurde am zweiten Weihnachtsfeiertag 1906 von Mörderhänden erschossen in seiner Alenstein'schen Wohnung aufgefunden. Als Mörder wurde ein anderer Offizier, der Artilleriehauptmann v. Göben ermittelt, der unter drückenden Beweisen die Tat einstand. Hauptmann v. Göben, der früher dem Großen Generalstab angehört hatte, galt als außerordentlich befähigter Offizier. Als er zum Frontdienst nach Alenstein kommandiert wurde, trat er in nähere Beziehungen zu Frau v. Schönebeck und geriet schließlich in absolute Hörigkeit zu ihr. Die schöne, elegante und sehr lebenslustige Frau, deren Ehe mit dem alternden Major nicht glücklich war, hat ihren Geliebten immer dringender, sie von ihrem Gatten zu befreien. Sie nahm ihm am Weihnachtsabend 1906 unter dem Weihnachtsbaum den Schwur ab, ihren Mann zu töten. Hauptmann v. Göben schlich sich in der folgenden Nacht in das Haus ein. Der Major, der jemand auf der Treppe hatte gehen hören, trat mit einem Revolver in der Hand auf den Korridor und sah sich plötzlich v. Göben gegenüber, der sofort einen Schuß abgab. Die Kugel drang dem Major in die Stirn und tötete ihn auf der Stelle. Die Tat wurde dadurch aufgedeckt, daß man in der Wohnung v. Göbens eine schwarze Wäsche fand, die der Mörder bei der Tat vor dem Gesicht getragen hatte. v. Göben wurde verhaftet und beging in der Untersuchungsanstalt Selbstmord. Auf Grund seines vorher abgelegten Geständnisses wurde Frau v. Schönebeck unter der Beschuldigung, ihren Geliebten zu dem Mord anzuregen, zu haben, verhaftet. Der Prozeß gegen sie, der in aller Welt Aufsehen erregte, konnte jedoch nicht zu Ende geführt werden, da die Anklage während der Verhandlung einen Selbstmordversuch unternahm. Man brachte sie in ein Irrenhaus, wo Geisteszustand festgestellt wurde. Daraufhin mußte das Verfahren eingestellt werden. Frau v. Schönebeck heiratete später den Schriftsteller A. D. Weber und, als die Ehe nach einigen Jahren un-

einanderging, dessen Bruder, den Bankier Weber, mit dem sie nach der Schweiz zog.

**Woolworths Schwiegerjohn begeht Selbstmord**  
New York, 24. April. James R. Donahue, der Schwiegerjohn des verstorbenen Multimillionärs Woolworth, des Begründers des weltbekannten Warenhauskonzerns, ist in einem Sanatorium an den Folgen eines Dosis Gift, das er in selbstmörderischer Absicht zu sich genommen hatte, gestorben. Donahue war 46 Jahre alt. Der Grund zu seiner Verzweiflungstat ist ein Geheimnis.

Donahues Frau, mit ihrem Mädchennamen Jessie Woolworth, die Witbin des 50-Millionen-Dollar-Vermögens des verstorbenen Warenhausmagnaten, befindet sich ebenfalls in einem Krankenhaus. Die Art ihrer Krankheit ist nicht bekannt. 1925 wurde in der Presse viel über sie berichtet, als eine Perlenkette im Werte von 25 Millionen Mark auf mysteriöse Weise aus ihrem Schlafzimmer verschwand und nach kurzer Zeit auf ebenso mysteriöse Weise wieder zurückgebracht wurde.

**Am Finsteraarhorn verunglückt**

Jungfrau, 24. April. Am 21. April verunglückten an der Nordflanke drei Münchener Studenten. Sie mußten sich in Unkenntnis der Route vertiefen haben und fielen eine über 200 Meter hohe Eiswand hinab. Glücklicherweise fielen sie in etwa 1 1/2 Meter tiefen Neuschnee, was sie vor dem sicheren Tode bewahrte. Ein vierter Student, der in Ermangelung der nötigen Bergausstattung zurückgeblieben war, eilte seinen Kameraden zu Hilfe und brachte einen nach dem anderen in mühseliger und langer Arbeit in die Finsteraarhornhütte. Nachher machte er sich sofort nach dem Jungfraufrach auf, wo er nachmittags 3 Uhr nach einem Marsch von übermenschlicher Anstrengung durch den tiefen Neuschnee eintraf. Zur Bergung der Verunglückten ist eine aus fünfzehn Bergführern gebildete Rettungskolonie abgegangen.

**Verurteilter Direktor**

Der frühere Direktor und Geschäftsführer des Siebenstärbe-Berlags und des G.M.-Büchervertriebs, Dr. Martin Mattheissen wurde vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen fortgesetzter Urkundenfälschung zu sechs Wochen Gefängnis unter Jubelung einer dreijährigen Bewährungsfrist verurteilt; der Staatsanwalt hat Berufung eingelegt. Die Anklage warf Mattheissen vor, den G.M. um etwa dreiviertel Millionen Mark geschädigt zu haben. Da aber die Zeitung das Interesse Dr. Mattheissen für das von ihm geleitete Unternehmen bekundete, schenkte das Gericht dem Anzeigenden darin Glauben, daß er seine so unglücklich ausgelaufenen geschäftlichen Spekulationen ohne persönliche Bereicherungsbüchsen vorgenommen hatte. Die Verurteilung erfolgte wegen Wechselfälschungen. Der Antrag des Staatsanwalts hatte auf ein Jahr vier Monate Gefängnis gelaute.

**Mord in einem Budapest Hotel**

CNB. Budapest, 24. April. In einem hiesigen Hotel wurde heute Nacht eine Frau ermordet. Im Hotel Imperial in der Kotoscsirahé mieteten gestern ein Mann und eine Frau ein Zimmer. Nach einigen Stunden entfernte sich der Mann mit der Angabe, er werde bald zurückkehren. Seitdem wurde er nicht mehr gesehen. Heute früh wurde die verschlossene Tür des Zimmers, in dem das Paar Wohnung genommen hatte, aufgebrochen. Die Frau lag mit durchschnittenen Hals gefesselt im Bett. Sie war bereits tot. Es handelt sich um eine Bonbonverläuferin aus einem hiesigen Lichtspieltheater. Sie wurde von ihrer Mutter, die bei der Polizei das Verschwinden ihrer Tochter angezeigt hatte, wiedererkannt. Nach ärztlicher Feststellung hat der Mörder sie zunächst ermüdet und dann der bereits Toten den Hals durchschnitten. Neben der Toten fand man einen Zettel, auf dem die Worte standen: „Dieses Weib verdiente kein Schicksal.“ Die Polizei setzt alle Hebel in Bewegung, um des Mörders habhaft zu werden.

**Polizeikontrolle im Berliner Nazihaus**

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: „Die Anwohner des Parteihauses der NSDAP in der Hedemannstraße haben wiederholt über Angriffe und Anpöbeleien durch die sogenannte „Wache“ in vorgenanntem Parteihaus Beschwerde geführt. Auf Grund dessen wurde am Freitag 17.15 Uhr eine überraschende polizeiliche Kontrolle im Parteihaus der NSDAP durchgeführt. Es wurden fünf Personen, die durch ihre Kleidung gegen das Uniformverbot verstoßen haben, festgenommen und zur Abteilung 1A gebracht. Gegen einen der Festgenommenen wurde weiterhin wegen Widerstand ein Strafverfahren eingeleitet.“

**Badisches Landestheater Karlsruhe**

Spielplan vom 25. April bis 3. Mai 1931  
Im Landestheater: Samstag, 25. April. \*G 22. Td.-Gem. 1-100 und 301-400. Der Hauptmann von Köpenick. Ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer. 20-23 Uhr (5.-). Sonntag, 26. April. Samstag: 12. Vorstellung der Sonnerie für Vespertage: Zambalier, von Wagner. 15-18.30 Uhr (4.50). - Abends: \*B 22. Td.-Gem. 3. S.-Or. 1. Hälfte und 801-900. Die schöne Helena. Komische Oper von Offenbach. 20-22.30 Uhr (3.-). Montag, 27. April. Volksbühne: Aprilvorstellung. Sturm im Wasserkraut. Komödie von Frank. 19.30-21.45 Uhr (5.-). Für diese Vorstellung sind nur Stehplatzkarten erhältlich. - Dienstag, 28. April. Auser Meie. Zum ersten Mal: Viktoria und ihr Husar. Operette von Paul Abraham. 19-22 Uhr (7.-). - Der Vorverkauf hat bereits begonnen. - Mittwoch, 29. April. \*G 22. Td.-Gem. 1. S.-Or. und 1501-1550. Der Hauptmann von Köpenick. Ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer. 20-23 Uhr (5.-). Donnerstag, 30. April. \*D 25 (Donnerstagmiete). Td.-Gem. 3. S.-Or. 2. Hälfte und 601-700. Die Landeshüte. Von Mozart. 19-22 Uhr (7.-). Freitag, 1. Mai. \*F 23 (Freitagmiete). Td.-Gem. 401-600 und 701-800. Wilhelm Tell. Von Schiller. 20-22.30 Uhr (5.-). - Samstag, 2. April. \*A 22 Td.-Gem. 901-1000 und 1201-1250. Der Hauptmann von Köpenick. Ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer. 20-23 Uhr (5.-). - Sonntag, 3. Mai. \*E 22. Td.-Gem. 201-300. Viktoria und ihr Husar. Operette von Paul Abraham. 19.30-22.30 Uhr (7.-). Im Stadtschauspielhaus: Sonntag, 26. April. \*Sylvia taucht sich einen Mann. Von Alexander Engel. 19.30 bis gegen 21.30 Uhr (3.-). Sonntag, 3. Mai: Keine Vorstellung.

Badisches Landestheater. Die Erstaufführung der erfolgreichen Operette „Viktoria und ihr Husar“ findet am Dienstag, 28. April 1931, im Landestheater statt. Der Vorverkauf zu dieser Vorstellung hat bereits begonnen.

**Aushünfte der Redaktion**

A. Fr. Die Aufwertung für Spareinlagen, auch von Ründelgebühren, ist bei jeder Sparfalle eine andere. Gezielte Vorschriften sind nur, daß die Sparfalle bei den Sparfassen mit 12 1/2 Prozent aufgeldert werden müssen. Die meisten Sparfassen werfen jedoch mehr aus.  
A. 1000. Ein Verbot, den von Ihnen genannten Artikel zu verkaufen, liegt nicht vor. Sie müssen jedoch beim Bezirksamt Anmeldung erstatten.  
M. Fr. Eine preussische Quadratrute waren 14,1846 qm, eine sächsische 14,4475, bayerische 8,5182, württembergische 8,2077, österreichische 14,3866, badische 9 qm. Wieviel Ar auf die einzelnen nun entfallen, bitten wir, selbst auszurechnen.

FÜR  
SOZIALISMUS  
UND FRIEDEN  
**Internationaler**  
12. Frauentag 26.  
APRIL APRIL  
GEGEN  
NAZITERROR  
UND KRIEG

**Volkswirtschaft**  
Die Landeszentrale des Badischen Einzelhandels e. V. die 84 Ortsgruppen umfaßt, hält in Wiesbaden ihre Landesversammlung ab. Sie wurde Freitag durch eine Landesvorstandsitzung im Hotel Sauter eröffnet. Samstag und Sonntag werden in verschiedenen Sälen und Räumen des Museums die Badgruppen tagen, worauf am Sonntag die eigentliche Hauptversammlung der Landeszentrale stattfindet.

**Dietrichs Reklamestrumpf**  
künstl. Wascheide  
haltbare elastische Qualität. 1 Paar **1.45** 3 Paar **4.00**

**Dietrichs Sparstrumpf**  
künstl. Wascheide  
feinmaschiges klares Gewebe. 1 Paar **2.00** 3 Paar **5.50**

**Rud. Hugo Dietrich**



### Gewerkschaftliches

#### Der Lohnkampf der badischen Textilarbeiter

aus dem Abtäl wird uns geschrieben:  
 Der Lohnkampf der badischen Textilarbeiter ist auf Kosten der Textilarbeiter beendet. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsrichter des badischen Landesrichters auf Antrag der Arbeitgeber für verbindlich erklärt. Für den Textilarbeiter des Abtäl ist dieser Lohnabzug besond'ers hart, weil neben dem fünfprozentigen Abzug noch die Kürzung der bestehenden Abtälzulage von 4 Pfennigen pro Stunde hinzu kommt. Der Arbeitgeberstand hat aber bereits erklärt, daß der Lohnabzug noch nicht beendet sei, vielmehr sei eine weitere Kürzung der an sich schon miserablen Textilarbeiterlöhne in Aussicht gestellt! Bei den Verhandlungen mit den Direktoren in den Betrieben zeigte es sich besonders deutlich, daß der Appetit mit dem Essen kommt. Das behäbige Vögeln dieser Herren bringt den Herr-im-Haule-Standpunkt deutlich zum Ausdruck. Dieses Auftreten ist auf die Nachgiebigkeit der Regierung zurückzuführen. Die Schiedsrichterstellen verlieren durch den ewigen Stilllegungsfall eines Teils der Unternehmer die rechtliche Linie. Dieser Stilllegungsfall ist auch im Abtäl eine Kränkung, denn in den Betrieben trägt ein Teil der Belastung schon seit fünf Jahren abwechselungsweise die Kündigungsgeldzahlungen in der Tasche. Da dieser getaktete Lohnabzug diesen Firmen das Sterben erleichtert, wird sich zeigen.

#### Lohnbewegung in der chemischen Industrie

##### Sektion 4, Wirtschaftsgebiet Baden und Rheingebiet

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands, Sektion 4, hatte, nachdem in den paritätischen Tarifämtern keine Entscheidung gefaßt war, in der Lohnstreitfrage Rheinlands-Baden das Reichsarbeitsministerium anrufen. Das Reichsarbeitsministerium hatte Herrn Dr. Rimmich-Karlsruhe gemäß Artikel 1 2 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 zum Schlichter bestellt. Das hiesige Sozialministerium hatte zu dieser Bestellung ebenfalls seine Zustimmung gegeben.  
 Die Verhandlungen tagten am Mittwoch, 22. April, in Karlsruhe. In der vierstündigen Gültungsverhandlung konnte keine Verständigung erzielt werden. In einer zweifundigen Sitzung der Schlichterkammer kam dann eine Vereinbarung zustande, wonach eine fünfprozentige Kürzung der bisher bestehenden Lohnsätze ab 20. April eintritt. Die nun zustande gekommene Lohnsätze kann mit vierwöchentlichem Frist erstmalig zum 30. November 1931 gekündigt werden.  
 Grundsätzlich hatten die Gewerkschaften jeden Lohnabbau abgelehnt, weil nach ihrer Überzeugung er in der chemischen Industrie nicht notwendig ist. Von den Gewerkschaften war beantragt, bei verkürzter Arbeitszeit eine Kürzung der Löhne nicht eintreten zu lassen. Von dem Vertreter der I. G. Farbenindustrie wurde dies ausgedrückt, von den übrigen Firmenvetretern konnte ein derartiges Zugeständnis nicht gegeben werden. Ueber eine Bestimmung für nicht in Produktionsprozess beschäftigte Arbeiterinnen sollen weitere Verhandlungen stattfinden.

#### Protest der Angestellten

Eisen, 26. April. (Funddienst.) Eine Gaufunktionärkonferenz des DAV, die hier am Freitagabend zu dem Gehaltsstrebenspruch für die Angestellten der Gruppe Nordwest Stellung nahm, legte gegen das unsoziale Verhalten des hiesigen Schlichters und die ungewissenartige Sentenz des Lebenshaltungsausschusses der Angestellten durch den Schiedsrichter ein förmliches Protest ein. Von Reichsministerium wird erwartet, daß es im öffentlichen Interesse eingreift und eine Auswirkung des Schiedspruchs auf die Tariffront in Deutschland verhindert.

**Arbeitszeitverkürzung.** Im Einvernehmen mit dem Arbeiterrat hat die Direktion der Eisen- und Stahlwerke Singen a. S. beschlossen, die Arbeitszeit auf 3 Tage pro Woche zu verkürzen. Von der neuen Maßnahme werden etwa 1400 Arbeiter betroffen. Man hofft durch diese neue Kürzung der Arbeitszeit die Aufsperrung weiterer 300 Arbeiter zu verhindern, nachdem in der Zeit von Mitte letzten Jahres ab ungefähr 900 Arbeiter entlassen worden sind.

**Die Mühlenarbeiter lehnen ab.** Im Lohnkampf zwischen den Mannheimer-Industriellen Mühlen und ihren Arbeitern fällt der Mannheimer Schlichtungsausschuss am 16. April einen Schiedspruch, der eine Lohnüberhöhung für die Arbeiter von sechs Pfennig pro Stunde und eine solche von 2 1/2 Pf. pro Stunde für die Arbeiterinnen ab 1. April vorsieht. Ab 1. August bis 30. September soll der Abzug stehen bzw. vier Pfennig pro Stunde betragen. Eine am 22. April stattgefundene hart besuchte Versammlung der freiergewerkschaftlich organisierten Vertrauensleute lehnte diesen Schiedspruch einstimmig ab und beschloß zugleich, am Freitag und Samstag dieser Woche in den Betrieben eine Urabstimmung über einen eventuellen Streik vorzunehmen.

### Partei-Nachrichten

#### Maifeier im Rundfunk

Zum 1. Mai überträgt der Südwestfunk von Berlin eine Maifeier des Sozialistischen Kulturbundes, bei der der ehemalige Reichsarbeitsminister Wiffell die Ansprache hält.

# Aus dem Gerichtssaal

## Ein politischer Beleidigungsprozess

Der Ortsgruppenführer der NSDAP gegen den Bürgermeister von Weiskeneureut

Im Karlsruhe, 23. April. Unter lebhaftem Andrang des Publikums namentlich aus Weiskeneureut wurde heute vor der Straftatung des Amtsgerichts (Einschränker Amtsgerichtspräsident) ein politischer Beleidigungsprozess verhandelt, in dem der Führer der Ortsgruppe Weiskeneureut der NSDAP, der Schneidermeister Karl Leopold Buchleiber angeklagt war. Er hatte einen Strafbefehl über 30 Mark Geldstrafe erhalten, weil er in der „Krone“ in Weiskeneureut mit Bezug auf den sozialdemokratischen Bürgermeister Karl Friedrich Metz erklärte: „Ich habe kein Geld untergeschlagen und die Gemeinde nicht betrogen“, und im „Streichen“ diese Weiskeneureut, die sich auf den Bürgermeister bezog, wiederholte. Des weiteren hatte er 10 Mark Geldstrafe erhalten, weil er ein Wahlflugblatt verbreitete (das sich mit angeblichen Amtsuntergeschlagungen des Bürgermeisters beschäftigte), auf welchem weder der Drucker noch Verfasser benannt waren, worin eine Zusammenfassung gegen das Pressegesetz zu erheben ist. Bezüglich der Verbreitung wegen Beleidigung erhob Buchleiber Einspruch.

Der Angeklagte, dem Rechtsanwalt Rupp als Verteidiger zur Seite stand, führte an, der Bürgermeister als politischer Gegner habe ihn wegen seiner Parteizugehörigkeit schon mehrfach schikaniert; so habe er anlässlich eines „Deutschen Tages“ vor der Landtagswahl 1929 einen Fadelzug der NSDAP, grundlos verboten und bei der Reichstagswahl ein Plakat der NSDAP entfernt. Am Samstag nach der Reichstagswahl, am 20. September 1930, wären etwa 40 Parteigenossen aus Karlsruhe nach Weiskeneureut gekommen; vor 11 Uhr habe man einen Marsch durch den Ort veranstaltet, wobei gewonnen wurde. Der Bürgermeister erklärte ihm (Buckleiber) am anderen Morgen, das sei Kubelordnung gewesen; er habe das eine „Auswüchse“ genannt und die Angehörigen der NSDAP als „Bankrotteure“ bezeichnet. Darüber habe er sich erregt und dem Bürgermeister erwidert: „Amtsuntergeschlagungen habe ich noch nicht beanagt.“ Im „Streichen“ und in der „Krone“ habe er wiederholt, was er an jenem Vormittag dem Bürgermeister persönlich sagte. Den Fall habe er auch in dem Wahlflugblatt erwähnt. Der Angeklagte führt weiter aus, daß sich keine Weiskeneureut auf einen Fall beziehen, der vor acht Jahren, während der Inflationszeit spielte, und über den sich die Gemüter in Weiskeneureut noch immer nicht beruhigt hätten. Damals war Bürgermeister Metz in ein Verfahren wegen Amtsuntergeschlagungen verwickelt und es fand eine Voruntersuchung statt. Zur Anklageerhebung kam es jedoch nicht — Bürgermeister Metz wurde außer Verfolgung gesetzt. Er erhielt einen Beweis, wurde jedoch in seinem Amte belassen. Es handelte sich damals aus dem Verkauf eines Ebers und einen Restbetrag von 90 000 Papiermark, den der Bürgermeister sich habe geben lassen.

Der Vorsitzende betont, es könne nicht Sache des Beleidigungsprozesses sein, die ganze, nun acht Jahre zurückliegende Sache hier aufzurollen und klären zu wollen. Es fehle damals, wie er erwähnt, der Nachweis der Unrichtigkeit, daß Bürgermeister Metz sich Gemeindegeld aneignen wollte. Die nachfolgende Reaktion habe nicht festgestellt können, daß in der Weiskeneureuter Gemeindegeld etwas fehle.

Der Verteidiger des Angeklagten stellt Strafanklagen gegen Bürgermeister Metz wegen Beleidigung des Angeklagten durch die Ausdrücke „Auswüchse“ und „Bankrotteure“.  
 Alsdann wird Bürgermeister Metz als Zeuge vernommen. Nach Vernehmung schildert er den Zusammenstoß, den er an dem fraglichen Vormittag mit dem Angeklagten hatte. Er kann sich nicht erinnern, die Ausdrücke „Bankrotteure“ und „Auswüchse“ gebraucht zu haben. Auch weiß er nicht, daß ihm der Angeklagte persönlich Amtsuntergeschlagungen vorgeworfen habe; jedoch hat er von den in den beiden Lokalen erhabenen Wortführern Kenntnis erhalten. Er habe damals keine Unterhaltungen beanagt, wie ja auch die Revision durch das Bezirksamt keinen Festbetrag ergab. Vielmehr wurde ein Uebertrag von 100 000 M festgesetzt. Der Verteidiger beantragt, den Zeugen Betterle zu vernehmen; darauf entgegnet der Zeuge Metz, Betterle sei zu sechs Monaten wegen Amtsuntergeschlagungen verurteilt. Das veranlaßt Rechtsanwalt Rupp zu der Bemerkung: „Der eine wird wegen Amtsuntergeschlagung verurteilt — bei dem anderen wird das Verfahren eingestellt!“ Auf die Bitte des Zeugen, ihn zu schätzen, weist der Vorsitzende diese Anspielung zurück (!!) Es wird dann noch Gemeindegeldnehmer Jakob Grob und dessen Tochter vernommen. Auf die Vernehmung weiterer Zeugen über die zurückliegenden Vorgänge, die durch die eingehende Voruntersuchung schon nicht richtig gefaßt werden konnten, wurde Abstand genommen.

Darauf erhebt Staatsanwalt Ebert das Wort. Er führte aus, der Angeklagte sei in den Fehler verfallen, an dem unsere Zeit krank ist; in unserer Zeit sei das Empfinden für annehmbare Kampfmittel mehr und mehr geschwunden. Als ein solch gang- und annehmbares Kampfmittel könne nicht angesehen werden, daß solche alten Geschichten aufgeführt werden. Es sei richtig: die Bevölkerung müsse nicht gewußt haben, was damals vorging. Die Bevölkerung wäre darüber zur Ruhe gekommen. Der Angeklagte habe die Sache aufgegriffen, um dem Bürgermeister eines auszumischen und Sentenzen zu machen. Er hätte bedenken müssen, daß sein Verhalten geahnet war, die Stellung des Bürgermeisters, der noch im Amte ist, zu erschüttern. Als Milderungsgrund könne angesehen werden, daß der Angeklagte die Vorwürfe gegen den Bürgermeister nicht erfunden und Gedanken, die im Orte ausgesprochen wurden, aufgegriffen habe. Die Höhe der Geldstrafe stehe in keinem Verhältnis zur Schwere der Beleidigung. Man könne nicht sagen, daß durch die heutige Hauptverhandlung etwa anderes herausgekommen wäre, als durch

die feinerzeitige Voruntersuchung gegen den Bürgermeister. Der Wahrheitsbeweis sei dem Angeklagten mitlungen. Von Wahrung berechtigter Interessen unter dem Schutz des § 193 könne keine Rede sein.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Rupp, erklärte eingangs seiner Rede, es sei äußerst schwierig, den Nachweis einer strafbaren Handlung zu begründen gegenüber einem Mann, der als Bürgermeister in einer Gemeinde tätig ist, wenn er die Gelegenheit habe, sich freizuschreiben. Er glaube, daß der Nachweis der Amtsuntergeschlagungen tatsächlich erbracht sei. Wenn man die Akten der Voruntersuchung und des Vorverfahrens lese, müsse man sich wundern, daß man damals nicht Anklage erhoben habe. Wenn man das Ermittlungsergebnis der damaligen Anklage vergleiche, so könne es wesentlich anders als die heutige Beleidigungssache des Staatsanwalts, G. bezichtigte Metz unrichtig, als Bürgermeister der Gemeinde, dem Angeklagten habe der Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zur Seite. Der Angeklagte könne auch deshalb nicht bestraft werden, weil seine Behauptungen den Tatsachen entsprächen. Er erachte den Wahrheitsbeweis für erbracht und beantrage die Freisprechung.

Auf Verfragen des Vorsitzenden erklärt Bürgermeister Metz, er sei 1928 mit 75 Prozent der abgegebenen Stimmen als Bürgermeister wiedergewählt worden.

Das Gericht fällt folgenden Urteilspruch: Der Angeklagte Buchleiber wird wegen fortgesetzter Beleidigungen zu 30 M Geldstrafe, ersatzweise sechs Tagen Gefängnis verurteilt; dem Bürgermeister wird die Befugnis erteilt, die Beurteilung durch Ausschuss an der Gemeindegeldzahl acht Tage lang öffentlich bekannt zu machen.

In den Urteilsgründen führte der Vorsitzende u. a. aus: Es dreht sich um die Frage der Beleidigung, die der Angeklagte zugegebenenmaßen nicht leugnet. Die eingehende Voruntersuchung, die schon einen gewissen Verdacht auspricht, hat zu dem Ergebnis geführt, daß der damalige Angeklagte außer Verfolgung gesetzt worden ist. Die heutige Beweisaufnahme hat diese früheren Voruntersuchungen bestätigt — es ist nichts Neues vorgebracht worden. Es ist nichts anderes zutage getreten, als das die Zeugen ihre damaligen Aussagen beschworen haben. Der Wahrheitsbeweis ist nicht erbracht. Selbst, wenn das Geld nicht abgeliefert worden wäre, müßte noch keine Beurteilung eintreten; denn zur Amtsuntergeschlagung gehört, daß man absichtlich Geld behält, es fehlt innerhalb der Rechnung der abgeführten Unterhaltungen. Jedenfalls wäre auch das, was die Beweisaufnahme gegen Metz erbracht hat, nicht ausreichend zur Amtsuntergeschlagung. Der schwere Vorwurf der Amtsuntergeschlagung geht über das hinaus, was die Beweisaufnahme erbracht hat. Der Angeklagte konnte nicht geltend machen, daß er ein persönliches Interesse daran gehabt habe, jetzt nach acht Jahren die angebliche Verletzung des Bürgermeisters aufzuklären. Heutzutage ist es noch weniger, wie vor acht Jahren, eine Amtsuntergeschlagung nachzuweisen. Der Angeklagte hat im politischen Kampf dem Gegner einen den Kopf werfen wollen.

#### Umfangreicher Betrugsprozess

Im Karlsruhe, 24. April. Im Rathause zu Mingsolsheim beginnt nächsten Dienstag vormittags 10 Uhr vor dem erweiterten Karlsruher Obergericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsdirektors Dr. F. W. Müller ein umfangreicher Betrugsprozess, der voraussichtlich vier Tage lang dauern wird. Wegen Betrugs in zahlreichen Fällen angeklagt ist der wegen Erziehung vorbestrafte Rechtskonsulent Schulte aus Oestringen; es wird ihm zur Last gelegt, als Geschäftsführer einer Organisation der Kriegsteilnehmer und Kriegesinteressen Beträge für die Organisation erschwindelt zu haben. Bisher leugnete er hartnäckig, sich im Sinne der Untersuchungsbefehle seinem Leben ein Ende zu machen, indem er Selbstmord versuchte, so daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Zu der Verhandlung sind nicht weniger als 78 durch den Angeklagten geschädigte Zeugen aus Mingsolsheim, Kronau, Oestringen und Odenheim geladen. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Metz (Karlsruhe). Die Verteidigung des Angeklagten liegt in den Händen des bekannten Mannheimer Rechtsanwalts Dr. Pfeifferberger. Die Summe der erschwindelten Beträge beläuft sich auf mehrere Tausend Mark.

#### Tagung des Karlsruher Schwurgerichts

Im Die nächste Tagung des Karlsruher Schwurgerichts nimmt Montag, 4. Mai, vormittags, ihren Anfang. Zur Verhandlung kommen zwei Meineidsprozesse, sowie ein Fall wegen Kindesraub und ein solcher wegen Körperverletzung mit nachgefolgetem Tode.

#### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungen. 23. April: Friedr. Bauer, Hilfsarbeiter, ledig, alt 19 Jahre (Rudwigsweyer). Irene Schellhorn, alt 25 Jahre, Rentierin, ledig. Feuerbestattung am 27. April, 15 Uhr. Lotte, 8 Jahre alt, Vater Friedrich Greiner, Metzger. (Waisenmühle, Gemeinde Langenfeld). — 24. April: Klaus, 1 Monat 24 Tage alt, Vater Heinrich Niemann, Kaufmann (Bruchsal). Johann Kitzler, Privatmann, Ehemann, alt 62 Jahre. Feuerbestattung am 27. April, 12.30 Uhr. Philipp Dehler, Oberleutnant, Ehemann, alt 63 Jahre. Beerdigung am 27. April, 12 Uhr. Detrich Gettler, Privatmann, Witwer, alt 74 Jahre. Beerdigung am 27. April, 11.30 Uhr.

In frischer Persillauge kalt angesetzt — so muß die Wäsche gekocht werden!



Persil ist im höchsten Grade ergiebig: Ein Normalpaket reicht für 3 Eimer Wasser. Faßt der Wasserkessel (halb gefüllt) mehr Wasser, so nimmt man entsprechend mehr Persil.



Für jeden Kessel frische Persillauge kalt ansetzen, das ist nötig, um blendendfrische Wäsche zu erhalten. Die abgekochte Lauge verwendet man zum Waschen grober Buntwäsche und für Reinigungszwecke.



Richtig kochen heißt richtig waschen: Erst im Kessel muß die kalte Persillauge hergestellt werden. Dann kommt die über Nacht in Henko Bleichsoda vorgeweichte Wäsche hinein.



Wer so wäscht, dem beweist eine wunderbar zarte, frischduftende Wäsche:

**Persil bleibt Persil**

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers, HENKO, Henkels-Wasch- und Bleichsoda







# Gardinen! Sonderverkauf zu Ausnahmepreisen! Teppiche!

Um weitesten Kreisen zum Umzug, zur Erneuerung oder Neuanschaffung die Möglichkeit zum Kauf nur guter Qualitätswaren zu geben — veranstalten wir ab Samstag, 25. April einen Sonderverkauf in Gardinen, Dekorationen fertig und am Stück, Teppichen, Läufertüchern, Bett-, Tisch- und Diwandecken zu Ausnahme-Nettopreisen! — Einige Beispiele:

<b>Volle-Dekoration</b> mit Volants, eigene Werkstattarbeit . . . . .	<b>8.95</b>	<b>Ueberdekoration</b> aus Kunstseid. Stoff, eigene Anfertigung . . . . .	<b>11.95</b>	<b>Abgegebene Stores</b> mit Handlettel per Stück . . . . .	<b>3.50</b>	<b>Store Meterware</b> (Rieseauswahl) per Meter . . . . . ab	<b>3.15</b>	<b>Aprio-Tüllgarnitur</b> 3 teilig . . . . .	<b>6.80</b>	<b>Madras-Barnitur</b> 3 teilig . . . . .	<b>4.45</b>	<b>Dekorationsstoff</b> Kunstseid. ca. 120 cm breit . . . . . per Meter	<b>2.65</b>
<b>Marquise</b> weiß und arab., ca. 150 cm br. . . . .	<b>2.95</b>	<b>Volle</b> bunt, Indanthren per Meter . . . . .	<b>1.75</b>	<b>Voll-Volle</b> weiß u. arab. 115 cm breit . . . . . per Meter	<b>1.35</b>	<b>Auxminster-Teppich</b> 200/300 cm	<b>59.00</b>	<b>Bouclé-Teppich</b> reines Haargarn 200/300 cm	<b>49.50</b>	<b>Velour-Läufer</b> ca. 68 cm . . . . .	<b>6.10</b>	<b>Bouclé-Läufer</b> ca. 68 cm . . . . .	<b>2.85</b>

Besichtigen Sie bitte unsere Auslagen! Nutzen Sie diese Gelegenheit!

**Spezialhaus für Gardinen u. Teppiche Gebr. Kaul Kaiserstraße 109** zwischen Adler- u. Kronenstraße

Bei Selbstanfertigung kostenloses Zuschneiden!

## Zwangs-Versteigerung.

Montag, den 27. April 1931, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Karlsruhe im Stadlhotel Derrwitz, 43a gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: A. 1 Hobelmaschine, 1 Partie Damenstrümpfe und Röcke, 1 Büfett, 1 Grammophon, 1 Rarenstrumpf, 1 Schreibmaschine, 1 Sandläge, B. 1 Harmonium, 1 Partie Herrenanzug- und Mantelstoffe, 1 Radioanlage, 1 Ruhebett, 1 Nachttisch, 1 komplettes Bett. Die unter B bezeichneten Sachen kommen voraussichtlich bestimmt zur Versteigerung. Karlsruhe, den 24. April 1931. 318

Burmann, Gerichtsbekanntmachung

## Versteigerung von Kraftwagen.

Wittwoch, den 20. April, vormittags 10 Uhr werden in der ehemaligen Reichsberufungsbehörde, Polizeimeisterstraße 3, und anschließend in der Wagenhalle, Eichenstraße 15 mehrere im Kraftfahrzeugbesitz nicht mehr verwendbare Kraftwagen sowie ein ausgemunter 12-sitziger Omnibus und ein Dreirad-Ehmo meistbietend versteigert. Beachtung der Fahrzeuge vor Beginn der Versteigerung. Anzahlung bei jedem Zuschlag 50 Mark. Zahlbar innerhalb 6 Tagen. Näheres wird vor der Versteigerung bekannt gegeben. 901

Eberpoldirektion Karlsruhe

## Handwerkammer-Beiträge für 1931

Das Verzeichnis der beitragspflichtigen Betriebe liegt vom 27. April bis 9. Mai 1931 im Rathaus, Zimmer 36, zur Einsicht offen. Beschwerden wegen Beibehaltung der Handwerkskammerumlage sind innerhalb 2 Wochen nach Beendigung der Offenlegung an die Gemeindebehörde zu richten. 905

Karlsruhe, den 23. April 1931.

Der Oberbürgermeister.

N.S.U. 4-Ziger-Elm-Ärte werden angefertigt und modernisiert. G. Müller, Bad. Landestheater, Albert Wagner, Böttingen.

Samtliche **Farben, Lacke etc.** gebrauchstüchtig für Anstriche aller Art vortellh. i. Farbenh. Hans Waldstr. 15, b Colosseum

Hohlfasernäherci Stoffnäherci alle Art Blüschennäherci Hand- u. Kurbelstückeri Dirichstraße 25 2. Hinterhaus, 2 Trepp

## Durlacher Anzeigen

### Städtische Badeanstalt.

Der Betrieb des Erfrischungsbädchens der städtischen Badeanstalt wird für die Saison 1931 vergeben. Bewerbungen mit Geboten sind bis spätestens Dienstag, 28. d. M., auf dem Rathaus, III. Zimmer Nr. 6, einzureichen.

Durlach, den 23. April 1931.

Der Oberbürgermeister.

### Druckarbeiten

alle Art tiefster Schärfe. Verlagsgesellschaft, Volksfreund G. u. V.

# Es war nicht vorauszusehen

dass die Anteilnahme an dem Volksfreundjubiläum aus dem ganzen Verbreitungsgebiet eine derartig große ist, dass die Karten für unsern Festakt — dessen Programm wir weiter unten veröffentlichen — innerhalb weniger Stunden restlos ausgegeben waren. Wenn Tausende heute leer ausgehen, so ist wenigstens eines erfreulich daran, festzustellen: dass der Volksfreund die Tageszeitung der werktätigen Bevölkerung ist, deren Interessen er seit nunmehr 50 Jahren vertritt und die Leser sich ihm gleichermassen verbunden fühlen, wie die Partei, der er dient. Wir haben bereits gestern darauf verwiesen, dass eine Wiederholung der Veranstaltung stattfinden wird, damit das Volksfreundjubiläum auch tatsächlich eine **gemeinsame Feier aller** darstellt.

SAALÖFFNUNG 18.30 UHR

## Reihenfolge

- Orgelvorspiel
- „Sturm“ .. G. A. Uthmann
- Begrüßungsansprache
- Festrede
- „Brüder reicht die Hand zum Bunde“ .. W. A. Mozart
- „Empor zum Licht“ .. G. A. Uthmann
- „Das Werk soll Waffenschmiede sein“ Ein Sprech- und Bewegungschor mit Film und Orgel
- Gemeinsames Schlußlied

Chöre unter Stabführung des Herrn Dr. Heinz Knöll

Einstudierung des Sprech- und Bewegungschores H. Kuhne vom Bad. Landestheater

Karten zum morgigen Festakt sind keine mehr erhältlich; auch Nachfrage an der Abendkasse ist zwecklos. Die Filialleiter und Berichterstatter von auswärts erhielten je 1 Karte reserviert. Karten für Angehörige sind keine zu erwarten. Dasselbe gilt für auswärtige Ortsgruppen, die inzwischen die Karten zugesandt erhielten oder die Zahl der reservierten Karten schriftlich bestätigt bekamen.

Gewerkschaften, Betriebsräte, Funktionäre, Ortsvorsitzende, Filialleiter und Trägerinnen tun gut daran, den eventuellen Bedarf an Karten für eine zweite Veranstaltung **schriftlich** dem Verlag mitzuteilen, damit die Zuteilung der Karten richtig erfolgen kann. Näheres dann im Volksfreund im Laufe der kommenden Woche. Vorläufig bitten wir alle, welche morgen nicht teilnehmen können, der Lage Verständnis entgegenzubringen und nochmals zu bedenken, dass der Volksfreund heute das Blatt der großen Masse ist.

# 50 JAHRE VOLKSFREUND

PROGRAMME IM SAAL

## Mitwirkende

- Rektor Karl Stark
- Arbeitersängerkartell Karlsruhe
- Stadtrat Töpfer, Vorsitzender des Aufsichtsrates
- Georg Schöpflin, M. d. R., Chefredakteur
- Volkssingakademie Karlsruhe
- Volkssingakademie Karlsruhe
- Zusammengestellt von Hannes Marxen. Gestellt von der Jugend der Karlsruher Arbeiterorganisationen
- Sozialistenmarsch, Vers 1





# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

1595 \*Italienischer Dichter Torquato Tasso. — 1744 \*Astronom Anders Celsius. — 1874 \*Marconi, Erfinder der drahtlosen Telegraphie. — 1907 \*Sozialistischer Erzähler R. Schwegel. — 1925 Reichsbannerführer E. Schulz, Berlin, von SA-Freikämpfern ermordet. — 1926 \*Schwedische Schriftstellerin Ellen Key. — 1927 \*Sozialist Alois Aufhäuser (Frank).

25. April

1699 \*Französischer Dramatiker Racine. — 1787 \*Ludwig Uhland. — 1798 \*Französischer Maler Eugène Delacroix. — 1829 \*Prof. Hilroth, Chirurg. — 1863 \*Arno Holz. — 1910 \*Norwegischer Dichter B. Bjørnson. — 1913 \*Th. Lus, „der rote Arbeiter“. — 1925 Reichspräsidentenwahl.

26. April

## An der Haltestelle

Was hat eine Omnibushaltestelle mit Rußland zu tun? Bitte!

Ein miserabler Abend im April. In einer Haltestelle stehen einige Menschen und warten auf das Auto, das sie zurückführen soll zur Stadt. Unbarmherzig geht der Regen nieder auf die Wartenden, gepfeift von einem Wind, der ein Frösteln durch sämtliche Glieder jagt. Kein Wunder, daß die Unterhaltung keine allzu lustige ist. Da endlich zeigen sich in einiger Entfernung auf der dunklen Chaussee ein paar näherkommende Lichter. Alles atmet auf und steht sprunghaft, um möglichst zuerst aus dem Unwetter in den schützenden Omnibus springen zu können.

Doch — der vermeintliche Omnibus faucht in Gestalt eines großen Luxuswagens vorbei.

Das Auf- und Niederwandern der Wartenden geht weiter. Das Schimpfen hat nachgelassen. Nicht, daß die Menschen sich mit dem Wetter abgefunden hätten, aber jedesmal, wenn einer den Mund aufmacht, um zu sprechen, jagt ihm der Wind eine Ladung Regen in den Nacken. Und da ist es schon besser, man schweigt.

Allerdings ist einer da, der die eingetretene Stille unterbricht: In Rußland haben sie an allen Haltestellen eine Wartehalle gebaut, damit man sich bei solchem Hundewetter unterstellen kann. Und da wird immer geschimpft, über die Russen geschimpft. In Wirklichkeit sind uns die Russen in allem weit voraus.

Ja, ja, in Rußland.

Ob der, der den weisen Ausspruch machte, selbst in Rußland war? Oder ob er Leser der Arbeiter-Zeitung ist? Es konnte nicht mehr festgestellt werden. Eine an ihn gerichtete Frage überhörte er, indem er, eine ältere Frau beiseite drängend, in den gerade herbeigekommenen Omnibus sprang.

Immerhin waren die Menschen, insbesondere die beiseite gebrängte Frau, davon überzeugt, daß die Russenarbeiter uns in allem voraus sind.

## Feiger Ueberfall der Mordkommune

In Fettdruck und in sensationeller Aufmachung brachte der Führer in seiner Nummer 93 unter obiger Ueberschrift eine Meldung, derzufolge zwei Kommunisten einen SS-Mann überfallen haben sollen. An dem Artikel ist die Rede von roten Banditen, von Totschläger, von Wegelagerer, Mordabsicht usw. Man hätte also meinen können, daß man es in Wirklichkeit mit einem politischen Ueberfall zu tun habe und Kommunisten einen drohenden, friedfertigen SS-Mann überfallen hätten.

Wir möchten von vornherein bemerken, daß wir Ueberfälle jeder Art, wie überhaupt jede politische Auseinandersetzung mit Gewaltmitteln entschieden verurteilen. Nun sind uns von zwei Seiten — jedoch nicht von direkt Beteiligten — Zuschriften zu der obigen Sache zugegangen, denen zufolge die ganze Schlagserei auf rein private Dinge zurückzuführen ist und mit politischen Anschauungen überhaupt nichts zu tun hat. In einer dieser Zuschriften heißt es:

Der verleierte SS-Mann namens Himmelmann befand sich bis nachts 12 Uhr bei einer Witwe in der Südstadt, welche eine erwachsene Tochter hat. Diese Leute haben Tee gemacht und getrunken und waren dabei so laut, daß die Flurnachbarn um Ruhe erziehen mußten. Es gab einen gegenseitigen Wortwechsel, welcher später in Tätlichkeiten ausartete. Dabei erhielt Himmelmann Schläge, auch wurde ihm sein Gebiß eingeschlagen und dies, obwohl er einen Wolfshund bei sich hatte. Wenn der Führer nun schreibt, daß die beiden Beschuldigten der KPD. angehören, sei demgegenüber bemerkt, daß dies nicht richtig ist. Die beiden sind politisch überhaupt nicht organisiert. Ein politisches Motiv liegt ebenfalls nicht vor, sondern es handelt sich um Streitigkeiten von Hausbewohnern.

Die andere Zuschrift:

Der Artikel des Führer ist ein Eigenprodukt sondergleichen. Es fand weder ein feiger Ueberfall auf Himmelmann statt, noch gehören die zwei Beschuldigten der KPD. an. Wenn Herr Himmelmann geobriefelt wurde, so deshalb, weil er sich in eine reine Privatangelegenheit einschlich, welche Himmelmann persönlich gar nichts angeht. Mit einer politischen Aktion hat der Vorfall absolut gar nichts zu tun.

Diesen beiden Zuschriften zufolge handelt es sich also um rein private Streitigkeiten. Und wenn der Führer die Sache zu einer politischen Aktion machen will, so beweist dies nur, wie von nationalsozialistischer Seite alles, sogar ein privater Streit, zu politischen Zwecken mißbraucht wird. Wir sprechen dem Führer sowohl wie der ganzen NSDAP die moralische Berechtigung ab, überhaupt sich über Ueberfälle, die aus politischen Gründen antroungen, zu beschweren, denn zum rten Male wurde vor Gericht bestätigt, daß gerade die Hitlerpartei Wegelagerer genau beherbergt, wie auch feststeht, daß das politische Mandatum bei ihr geradezu gesichert wird, ja, daß sogar politische Mörder in ihren Reihen nicht nur geduldet, sondern noch mit besonderen Posten betraut werden. Eine derartige Partei hat jedes moralische Recht verloren, über Wegelagerer in anderen Parteien zu reden. Dabei fällt es uns gar nicht ein, die Komdoz bei den Kommunisten in Schutz zu nehmen, denn in Punkt Erziehung zum politischen Stolzentum dürfen sich die Nazis und die Kosis die Hand reichen.

## Milchversorgung Her mit der Milchpreisverbilligung

Donnerstag abend fand im Volkshaus eine vom Gewerkschaftsrat einberufene Funktionärerversammlung statt, die sich mit wichtigen aktuellen Fragen der Milchversorgung zu befassen hatte. Herr Direktor Kaa von der Stadt, Milchzentrale war auf Ansuchen erschienen, um die Aussprache durch ein Referat einzuleiten. Referent war zunächst einen Rückblick auf die Entwicklung der Milchwirtschaft und der Milchversorgung im letzten Jahrzehnt. Es wurde die Erinnerung an die Milknot während und nach dem Kriege wachgerufen und betont, wie damals den Städten die unentbehrliche Aufgabe zufiel, gänzlich unvorbereitet die Heranschaffung und Verteilung der Milch übernehmen zu müssen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die damals in erster Linie berufen gewesen wären, traten kaum irgendwo in Erscheinung. Allmählich gelang es aber den Städten, auch Sojten in die Milchbewirtschaftung hineinzubringen und sie schufen sodann auch Einrichtungen zur hygienischen Behandlung der Milch, die einigt von der Landwirtschaft heftig bekämpft, heute das Ziel ihrer Organisationsbestrebungen seien.

Gleich nach Kriegsende habe sich die Landwirtschaft dann als ablad einem ungeheuren Ansehens von Agrarereignissen von hoher Qualität gegenübergestellt. Denn gerade während des Krieges hätten sich Umwälzungen in der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte in einem bisher nicht gekannten Ausmaße vollzogen. Neue Verfahren der Erzeugung und des Ablasses waren im Auslande ausgebildet worden, die jenen Landwirten ein starkes Uebergewicht über die einheimischen Produzenten verliehen. Die grundlegenden Wandlungen, die sich in der Landwirtschaft der Welt abgepielt hätten, wären zu spät erkannt und der Sinn dieser Wandlungen scheint bis heute noch nicht in vollem Umfange erkannt worden zu sein. Andernfalls hätte in den Nachkriegsjahren nicht einfach ins Blaue hinein darauflosproduziert werden können.

Von einer Intensivierung und Steigerung der Erzeugung blieb die Milchwirtschaft noch längere Zeit ausgenommen, obgleich gerade dieser Zweig der Landwirtschaft als bald zum Rückgrat der kleinbäuerlichen Betriebe hätte gemacht werden sollen. Weiterhin kam der Redner auf die Tätigkeit der amerikanischen Subventionskommission zu sprechen, die im Jahre 1928 die Produktion und Arbeiterverhältnisse der deutschen Milchwirtschaft untersucht hat. Obgleich der Bericht dieser Kommission sehr wertvolle Anregungen für die weitere Entwicklung und Förderung der Milchwirtschaft enthalten hätte, wurde er wenig Beachtung und keinesfalls die Auswertung gefunden haben. Die angebracht gemeint wäre. Mittlerweile sei dann eine starke Zunahme der Milchherzeugung eingetreten, als Folge der ansehnlichen Preise, die von den Konsumenten, besonders auch in Baden, gezahlt wurden. Die zunehmende Verarmung der Verbraucher aber und weiterhin gewisse Wandlungen in den Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung hätten jedoch einen Rückgang des Verbrauches zur Folge gehabt. Die Qualität der Milch war nicht geeignet, den steigenden Verbrauch aufzufüllen.

Im weiteren Verlauf des Vortrages war dann die Rede von der Notwendigkeit der Milchregistrierung. Der Nutzen sei sehr beachtlich gewesen. Die Art und Weise aber, wie vielfach diese Gebührengemittel verwendet worden sind, besonders zur Errichtung mehrerer lebensunfähiger großer Milchzentralen, erschien geradezu unberechtig. Es war interessant zu hören, wie gerade die amerikanische Subventionskommission schon vor einer Wiederholung der teuren Fehler, die in den Vereinigten Staaten gemacht worden sind, gewarnt hätte. Es war umsonst. In Baden sei mit den Reichsmitteln für Milchregistrierung zwar vielerlei geishes, aber wenig, was sich als eine große, auf ein klar durchdachtes Ziel gerichtete Aktion darstellen ließe. Insbesondere seien die grundlegenden Maßnahmen zur Verbesserung der Milchbeschaffenheit an der Produktionsstätte, die erste Voraussetzung für die Ablassförderung, sehr vernachlässigt worden. Auch für die Bewertung der Milch der Bevölkerung ausgenommenen Milch seien durchgreifende Maßnahmen unterblieben. Trotzdem die Milchbedarfsfälle absehbare sehr ansehnliche und stabile Milchpreise bewilligt hätten, um dadurch Anregung für die notwendige Verbesserung der Produktionsverhältnisse zu geben, seien nur geringe Fortschritte zu verzeichnen. Die Milchpreispolitik der Städte arbeitete sich auf die Hoffnung, daß die Konsumenten nach geraumer Zeit durch Befriedigung mit Milch von guter Qualität entschädigt werden würden und dann auch ein Milchpreisschlag eintreten könnte. Diese Erwartungen seien bis heute nicht in Erfüllung gegangen. Gegenüber den Milchverkaufspreisen in den rheinisch-westfälischen Städten würde der Verkaufspreis für Milch in Baden nahezu um 10 Pfg. pro Liter höher liegen. Die Handelspanne könne dafür nicht verantwortlich gemacht werden, denn sie sei relativ niedrig und keinesfalls höher als irgendwo sonst und be-

sonders niedriger als in vielen großen Städten des Auslandes. Die Verbraucher reagierten auf den hohen Milchpreis durch zunehmende Einschränkung des Verbrauches, der jetzt schon beträchtlich sei und auf 20 Prozent gesenkt werden müßte. Diese Gewinne der Verbraucher erfolge aber mit einem unzulänglichen Mittel, nämlich durch die Erzeugung von Milch durch die Konsumenten selbst, was schon lauter und heftiger ihre Wünsche vernahmen lassen.

Im weiteren Verlaufe kam der Referent auf das

### Reichsmilchgesetz

zu sprechen. Der ursprüngliche Gedanke, durch Erlaß von gesetzlichen Vorschriften die Erzeugung der Milchversorgung zu gewährleisten, wäre zu begrüßen. Aber der Kampf um den Inhalt des Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen dazu habe so lange gedauert, bis ein Kompromiß zustande gekommen wäre, das nur sehr wenig Zustimmung, dagegen recht viel Widerspruch gefunden habe. Das Unzufriedenheit erregte der § 35 des Gesetzes und besonders die Absicht auf großen Widerstand stießen, mit Hilfe dieser Bestimmungen eine Art Zwangswirtschaft für Milch aufzurichten, was einige übertriebene landwirtschaftliche Vertreter im Ernste nachzuhaben scheinen. Der Redner erwähnte die zahlreichen Bedenken, welche die Milchproduzenten gegen jegliche Wiederholung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen erheben müßten und zeigte den über auch die Gefahren auf, denen die Konsumenten mit allen Mitteln begegnen sollten. Letztere hätten ein unbefriedigbares Recht in den zu bildenden Milchpreisausschüssen so ausreichend vertreten zu sein, daß sie ein Preisdefizit abwenden könnten. Durch die Regeln der Gewalt könne die Agrarartie nicht überwinden werden und hohe Milchpreise müßten den Milchablat noch weiter verschlechtern. Redner wollte nicht recht daran glauben, daß die Regierung bereit sein könne, eine Zwangswirtschaft in der Milchfrage auszulassen, wozu der schweren Verantwortung, die damit für die unabweislichen schlimmen Folgen verbunden wäre, eine neue Zwangswirtschaft hätte nicht die geringste Berechtigung. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

An der sich anschließenden sehr regen Diskussion, die von den Gen. Kies, Kappes, Jung, Schuldenfr., Rauf, Hum und weiter bestritten wurde, erhuben die Bedenken der Referenten eine starke Unterbrechung. Es wurde die Forderung erhoben, Gewinnung und Behandlung der Milch durch bessere Organisationsmaßnahmen in den Landgemeinden so zu verbessern, daß die Verbraucher in der Stadt mit einer guten Qualitätsmilch beliefert werden können. Die Geschichte der Tatsache, daß die Konsumenten in den letzten Jahren für den Aufbau der Milchwirtschaft durch gute Beschaffung der Milch beträchtliche Opfer gebracht hätten, wurde lebhaft bezeugt, daß für die bei der Milchwirtschaft keine Anerkennung zu finden wäre. Dieser Sachlage müßten die Konsumenten verlangen, daß nur ihre Interessen stärker betont würden, als bisher. Es wäre nicht mehr so verantwortlich, weiterhin den stark überhöhten Milchpreisen zustimmen zu lassen, besonders nachdem die Böhne und Schalter gebaut werden müßten und Arbeitslosigkeit und Armut in unvorstellbarem Maße zugenommen hätten. Die Konsumenten müßten auch in ihrem eigensten Interesse diejenigen Milchhändler mehr berücksichtigen, die etwa bereit seien, die beschriebenen Zwangsmaßnahmen zum Nachteile der Konsumenten zu unterstützen. Entzifferung wurden die Befreiungen zurückgewiesen, den in Aussicht genommenen Zweckerwerbungen die Befreiung zu geben, Milchbetriebe, die ihren eigenartigen Bestrebungen im Wege stehen, aufzulösen oder zu enteignen. Es dürfe unter keinen Umständen ein Monopol, weder für die genossenschaftlichen, noch die gemeinnützigen Milchzentralen zugelassen werden. Insbesondere dürfe es den braudereorganisationen nicht unmöglich gemacht werden, ihre eigenen Milchverarbeitungsbetriebe aufrecht zu erhalten oder solche einzurichten. Lebhaft kam der Wunsch zum Ausdruck, daß der Milchbedarfsbereich auch den Absatz von Milch aufnehmen sollte. Wiederholt wurde die Forderung nach einem

### Milchpreisschlag

erhalten. Es sollen vom Ortsrat der NSDAP Schritte beim Ministerium, bei den Reichs- und Landesoberbehörden unternommen werden, um alle Milchpreissen auszunutzen, damit die große Zahl der Verbraucher, aber auch die Landwirte nicht durch den Mangel an einiger landwirtschaftlicher Vertreter auf das Schwerste geschädigt werden.

Gen. Prull machte noch über die Preisfrage längere Ausführungen dahingehend, daß auch in Karlsruhe die Preisfrage schon gestreift worden wäre, wenn der Lebensbedarfsbereich nicht ganz energisch dagegen gemeint wäre.

## Achtung Notstandsarbeiter

Die NSD. verfährt zur Zeit bei der Stadt beschäftigten Notstandsarbeiter zu einer Arbeitsniederlegung aufzuputtschen. Als Grund hierfür gibt sie an, daß ab 1. Mai ein Lohnabzug von 5 Pfg. stattfindet. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Die bei der Stadt beschäftigten Notstandsarbeiter werden zu dem mit dem Gesamtverband vereinbarten Tarifgrundlohn der ungelerten Arbeiter bezahlt. Durch einen Schiedspruch wurde ein Lohnabzug von 5 Pfg. ausgesprochen. Der Abzug sollte in zwei Raten vorgenommen werden und zwar ab 1. Februar 2 Pfg. und ab 1. Mai 3 Pfg. Dem Eingreifen des zuständigen Dezernenten, Herrn Bürgermeister Sauer, war es zu verdanken, daß bei den Notstandsarbeitern der Abzug von 2 Pfg. ab 1. Februar nicht vorgenommen wurde, da er die Meinung vertrat, daß bei den Notstandsarbeitern, die draußen im Freien über die Wintermonate arbeiten, ein Abzug nicht zu rechtfertigen sei. Herr Bürgermeister Sauer konnte es aber nicht mehr verhindern, daß der Abzug ab 1. Mai vorgenommen wird und zwar 2 + 3 Pfg. Dies verschweigen selbstverständlich die NSD.-Leute willentlich.

Um zu dieser Frage Stellung zu nehmen, wird nun auf Mittwoch, den 29. April, abends, sofort nach Geschäfts-schluß im Volkshaus eine Versammlung einberufen. Zutritt zu dieser Versammlung ist nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs einer freien Gewerkschaft gestattet.

Wir möchten jedoch jetzt schon unsere Kollegen, die bei den Notstandsarbeiten beschäftigt sind, warnen, sich von der NSD. und ihrem Anhängel, der NSD., aufzuputtschen zu lassen, da einzig und allein sie ja die Leidtragenden wären. Den Leuten ist es nur darum zu tun, den Arbeiter in ein noch größere

res Elend zu stürzen. Um die Folgen haben sie sich nicht gekümmert.

### Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Ortsausschuß Karlsruhe

## Die Lokomotive an der Alb geborgen

Am Donnerstagnachmittag gelang es nach mühevoller Arbeit, die an der Alb ercentliche Lokomotive wieder auf das Gleis zu bringen. Zwei Tage hatte man gebraucht, um der Maschine Schwellen und Schienen zu unterlegen, ohne die es unmöglich gewesen wäre, die Lokomotive herauszuführen. Mittels einer starken Kette war bis jetzt mit einer anderen Lokomotive auf dem Gleis verbunden worden, die ein wirksames Gegengewicht bilden ein weiteres zutreiben verbinder. Dann wurden zwei Lokomotiven angehängt, deren vereinten Kräfte es gelang, die verunglückte Maschine auf Unterbrechung auf ebenes Gleis zu bringen.

Badisches Landestheater. Mit der Eröffnung der Opern-Viktoria und ihr Duar" von Paul Abraham am Dienstag, den 27. April, erliefert der große Opernensemble des letzten Theaterjahres auch bei uns. Der junge Komponist steht seit dem 7. Juli, dem Tag der Uraufführung seines Wertes, in der ersten Reihe der Dreierkomponisten, die meisten deutschen Theater haben Viktoria und ihr Duar" erworben, zum Teil schon aufgeführt, und aus dem Ausland, einschließlich Amerika, melden die Berichte vom Siegeslauf dieser Operette deren Fort nach dem Uraufführung von Emmerich Földes von Alfred Grünwald und Fritz Lehmann herbeiführt wurde. — Die hiesige Inszenierung liegt in den Händen Harald Josef Fürstenaus. Die musikalische Leitung hat sich Reichherb. Der Vorverkauf hat bereits begonnen.

### Wasserstand des Rheins

Bolet 82, gef. 3; Waldsbut 270, gef. 2; Schutterinsel 140, gef. 10; Rebl 285, gef. 7; Marzau 464, gef. 6; Mannheim 371, gef. 10.

Schade um jede Minute die durch kleine Unpäßlichkeiten, hervorgerufen durch eine schlechte Verdauung, getrübt wird. Warum es erst so weit kommen lassen. Vorbeugen ist besser als heilen. Nehmen Sie nach jeder Mahlzeit einen halben Teelöffel oder 2-3 Tabletten Bullrich-Salz. Das hilft sofort und Verdauungsstörungen gibt es nicht mehr.

NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ

# Bullrich-Salz

Packung nur 0,30  
Tabletten nur 0,25

NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ - NACH DEM ESSEN BULLRICH-SALZ



Zur Konzertveranstaltung der Volksingakademie Karlsruhe

Eine Stadt wie Karlsruhe, die trotz schwerer Not und Zeit im Besitze eines Chortors ist wie die Volksingakademie...

(.) Verteilung von Kraftwagen. Mittwoch, den 29. April, vormittags 10 Uhr...

Veranstaltungen

Freireligiöse Gemeinde. Am dem für kommenden Sonntag 10 Uhr im Saal „Der Jahreszeiten“...

Lichtspielhäuser

„Grod“ bis Montag verlässt! Was ist das für ein Film? Er erzählt die Geschichte...

Kaufmanns-Jugend und deren Eltern kommt zum Jugendwerbeabend

des Zentralverbandes der Angestellten am Sonntag, den 26. April 1931, abends 8 Uhr...

An den Palais-Vestiblen gibt es für jeden Besucher eine besondere Überraschung...

Reifens-Vorstellung

Heute Samstag 4.00, 6.00 und 8.30 Uhr ist Premiere eines lustigen Operetten-Adventures...

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Zufuhr subtropischer Luft an der Vorderseite einer bei England liegenden Zirkone...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Frauengruppe Samstag, 25. April, abends 8 Uhr, dringende Vorstandssitzung...

Sprechchor zum Volksfreund-Jubiläum Aufführung: Treffpunkt der Mitwirkenden...

Auskünfte Aufwertung. Die Aufwertung beträgt 150 Prozent der einbehaltenen Geschäftsanteile...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Schulz. Montag, 27. April, 8 Uhr abends, Südenbüchse.

Dereinsanzeiger

Freie Turnerschaft Karlsruhe. Sonntag vormittags 9.30 Uhr Turnausführung im Vereinshaus...

MALBI Das gute Nährbier Ein Versuch begeistert

Anton Springer Vollmer Stumpfen Die beste Reklame ist die gute milde Qualität der Vollmer-Stumpfen!!!

Ettlinger Anzeigen Bachschau an der Alb. Das Kulturbauamt Karlsruhe hat im Einvernehmen mit dem Bezirksamt Ettlingen...

Schlafzimmer 2 gleiche Betten 40,-, ein Bett 12,-, 15,- und 20,-...

Werbung für Volksfreund Zeitschrift für wirkungsvolle Reklame auf allen Gebieten...

Haus in Durlach mit Kleintierhaltung und 2 Wohnungen zu verkaufen...

Todes-Anzeige Herr Hans Seidt, Hauptlehrer heute 145 Uhr nach kurzem aber schwerem Leiden...

BLB SPARE bei der Badischen Landwirtschafts-Bank

Der Blick ins Montagfenster Tisch-Decken 1.25 Kind-Schlürzen .35

Werbung für Möbel und Textilien

Werbung für Lebensmittel und Getränke

Werbung für Textilien und Haushaltswaren



**Möbelinteressenten!**  
Heute beginnt unser  
**großer Möbel-Werbe-Verkauf**

Wir bringen bei dieser Veranstaltung die modernsten Modelle in tadelloser Ausführung zum Verkauf. Eine reichhaltige Auswahl steht zu Ihrer Verfügung. Mit unseren Preisen sind wir bis an die Grenze des Menschenmöglichen gegangen. Außerdem haben wir bei einer Anzahl Zimmer, die wir aussetzen lassen, die Preise ganz gewaltig herabgesetzt, sodass sich Ihnen bis jetzt kaum dagewesene Vorteile bieten.

Nur einige Beispiele:

**Schlafzimmer**, eiche, voll gesperrt, Schrank 180 cm Innenspiegel, weiß Marmor, komplett **495.-**

**Speisezimmer**, eiche, Büfett, Kredenz, Ausziehtisch, 4 Lederstühle **395.-**

**Herrenzimmer**, eiche, Bücherschrank, Diplomatenschreibtisch, Herrentisch, 2 Lederstühle, 1 Schreibsessel **335.-**

**Küche**, natur lasiert, Büfett, Kredenz, Tisch, 2 Stühle, 1 Hocker **195.-**

Benützen Sie diese seltene Einkaufsgelegenheit!

**Möbel-Krämer**  
Karlsruhe, Kaiserstraße 30

MAN SCHREIBT HEUTE AUF OLYMPIA!

**Olympia**  
die stabile und formschöne  
Gebrauchs-Schreibmaschine  
für jeden Betrieb

Olympia-Buchungsmaschine m. Saldomat

Erläichterte Zahlungsbedingungen!  
Schreibmaschinen mietweise!

Gelegenheitskäufe Reparaturen

**Europa Schreibmaschinen A. G.**

**Mannheim**  
N. 7. 5 (AEG-Haus)  
Tel.: 28 723 u. 28 887

Verlangen Sie illustriertes Angebot über unsere  
**Geräuschlose Olympia**  
Schreibmaschinen-Kombination

**Berein gegen Haus- und Straßendiebstahl Karlsruhe e. V.**

Einladung zur  
**Haupt-Verammlung**  
Montag, 4. Mai 1931,  
20 1/2 Uhr,  
Heiner Sitzungssaal  
Nathans.

Tagesordnung:  
1. Geschäfts- und Berichtsbericht 1930  
2. Vorantrag 1931  
3. Entlassung des Vorstandes  
4. Wahl des geschäftsführenden Vorstandes  
5. Wahl der Kassenschriftführer  
6. Aussprache über die brutale Gräueltat an den Mitgliedern mit den Ehefrauen.

Der Vorstand:  
H. Sauer 2104  
1. Bürgermeister.

**Bekanntmachung!**  
**Ihre Hoheit befiehlt**

daß Sie sich, um die heutigen schweren Zeiten zu ver-gessen, einmal gründlich ausruhen müssen und daher  
**vom 25. April bis auf weiteres**  
Werktags 4.00 6.15 oder 8.30 Uhr  
Sonntags 2.30 4.15 6.15 oder 8.30 Uhr, in den  
**Resi Lichtspielen**  
waldstr. 30 Tel. 5111

zu erscheinen haben, um die neue Ufa-Tonfilm-Operette anzusehen.

Wenn Sie nicht erscheinen, laufen Sie Gefahr, bestraft zu werden, indem Sie kostliche Stunden Ihres Lebens verlieren.

**Die neugegründete Partei für Liebe u. Lebensfreude**  
Der Vorstand:  
**Reinhold Schünzel**  
**Willy Fritsch Käthe v. Nagy**

**GLORIA PALAST**

Sonntag, den 26. April, vormittags 11 Uhr  
**Morgen-Aufführung**  
des herrlichen Kultur-Films „**Am Rande des ewigen Eises**“

Selten von Reisenden betretene Gebiete des Nordens Europas. Lappen vor ihrem Zelt. Lagernde Rentiere. Einen beachtlichen Teil des Filmes nimmt der Fischfang in den Lofoten ein. Interessante Bilder zeigen die Robbenjagden.

Ein herrlicher Originalfilm, den jung und alt nicht verschmähen sollte.

Eintrittspreise von Mk. 0.50 an.

**Jugendliche ermäßigte Preise!**

**Zurück**  
Dr. med. Ornstein  
Facharzt für Haut- u. Harnkrankheiten,  
Röntgen-Lichtbehandlung  
Kreuzstr. 6-8 (Ecke Kaiserstr.)

**Nur noch 3 Tage Grock**  
Nur noch 9 Grock-Vorstellungen!

Gleichzeitig in 2 Theatern!

**Grock**  
in seinem Tonfilm

**Montag unwiderruflich letzter Tag**

Jeder muß GROCK gesehen haben!  
3 billige Tage  
**Sams. Sonntag Montag**  
80.- Pfg. Mk. 1.- Mk. 1.20  
nur in der

**SCHAUBURG**  
Marienstraße 16 / Tel. 6284

Gratis erhält jeder Besucher während diesen 3 Tagen eine illustrierte Beschreibung des Grockfilms (feiner Kunstdruck) mit Grockunterschrift nur im

**PA-LI Palast-Lichtspiele**  
Herrenstraße 11 / Tel. 2502

50 Minuten dauert allein die große Grock-Nummer auf der Bühne  
50 Minuten wird ohne Unterbrechung gelacht, wie selten in einem Lichtspieltheater gelacht wurde.

Sie wollen Grock versäumen? Mit mööglich!!!

**Fachschule Fürstenau**  
Städt. Konzerthaus 3173  
Freitag, den 1. Mai, 20 Uhr,  
**3. Tanzabend**

zur Gunsten der Karlsruher Notgemeinschaft.  
Das große musikalische und tanzische Programm  
3.-, 2.50, 1.50, 0.90  
Konzertdirektion FRITZ MÜLLER

**Stadtgarten**  
Sonntag, den 26. April, von 11-12 Uhr:  
**Früh-Konzert** (kein Musikschüler)  
von 15-18 Uhr:  
**Nachmittags-Konzert**  
Beide Konzerte werden b. Philharmonischen Orchester unter Leitung von Musikdirektor Emil Jürgens ausgeführt.

**Speisezimmer**  
nachts zum gehobten, wunderbaren Künstlermodell, bestehend aus: 1. Büfett mit Vitruvianisches, 1. modernem Kredenz, 1. Tisch, 4 Stühle mit Bezug nach Wahl für 485 Mk. zu verkaufen. Dieses Zimmer eignet sich ganz besonders für moderne Wohnungen. Der Preis ist nur deshalb so billig, weil esversuchsweise eingeführt werden soll.

**meibhaus Carl Baum & Co.**  
Erdgrabenstraße 30  
Kein Laden 319  
Ständiges Lager über 100 Zimmer u. Küchen

**Handwerker, gelernter Schloßer, sucht Arbeit**  
gleich welcher Art, alt 39 Jahre, Angeb. unter B. 579 a. d. Volksfreund

**Colosseum**  
Karlsruhe täglich 8 1/2 Uhr

**Kabner**  
der erste Zauberer der einen lebendigen Elefanten verschwinden läßt, und das große Varieté

Mittwoch und Samstag auch 4 Uhr  
30 4 bis 1.50  
Sonnt. 4 Uhr  
40 4 bis 1.50

Vorverkauf Zigarrenhaus Mayle-Passage und ab 5 Uhr Colosseum-Kasse.

Der Elefant ist im Colosseumgarten ab 5 Uhr zu sehen, kann gefüttert werden. Brot, Zucker, Rüben

**Alles für's Büro**  
bei  
**Curt Riedel & Co**  
Fachgeschäft für Bürobedarf  
Karlsruhe, Waldstraße 6  
Telefon 2979 - Begr. 1910

**Gesangverein Badenia**  
Morgen Sonntag, den 26. April, pünktlich 18 30 Uhr, im Vereinslokal  
**Familien-Abend**  
aus besonderem Anlaß  
Freitag, 28. April, in der Woche letzter Einzeichnungs-Termin zum Sängerkonkurs am 10. Mai nach Röhren-dorf-Salberwert-Kampfen. Auch die zahllosen Herren werden höflich eingeladen. Bedeutend Fahrpreis-ermäßigung.

**Sofortiger, täglicher Barverdienst!**  
Auch Leistungs-Zulagen erhalten Sie bei Werbung von Mitgliedern für  
**„Degefad“ Deutsche Fahrradfabrik**  
Baden-Baden  
mit angeschlossener Fahrrad-Versicherung gegen Diebstahl.  
Angenehmer Nebenverdienst!  
Tausende von Anerkennungen und Dankschreiben für prompte Qualitäts-Regulierungen.

**Trefzger MÖBEL**  
Eine Spitzenleistung

sind unsere Modelle in Qualität, Form-schönheit und Preis  
Einige Beispiele aus unseren Schaufenstern  
**Karlsruhe, Kaiserstr. 97**  
überzeugen Sie bereits von unserer Leistungsfähigkeit

**Schlafzimmer** Edelbirke, pol. komplett. Mk. 780.-  
**Speisezimmer** Kauk. Nußb., pol., komplett 790.- Mk.  
**Herrenzimmer** Eiche, mit Kauk. Nußb. baum komplett. Mk. 630.-

Südd. Möbel-Industrie G. m. B. H., Rastatt

**Mietervereinigung Karlsruhe (e. V.)**  
Geschaftsstelle (nur briefl.) Samstagsstr. 23, 20. 17. Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee-Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr.-u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 1/2 Uhr.

**Volkssingakademie Karlsruhe**  
Freitag, den 1. Mai, 20 1/2 Uhr  
in der Städtischen Festhalle  
Kantate für gemischten Chor, Tenorsolo und Orchester (Op. 80), Rob. Kahn

**Befreiung**

Musikalische Leitung: Dr. Heinz Knoll  
Solist: Wilhelm Nentwig, badischer Kammeränger  
Orchester: Bad. Landestheat.-Orchester  
Chor: Volkssingakademie Karlsruhe

Vorverkauf: Zigarrenhaus F. Töpper, Kriegsstr. 5a, Musikhaus F. Müller, Kaiserstraße, Ecke Wald-str. u. Volksfreundbuchhandlung, Waldstr. 29  
Preise: 0.80, 1.00, 1.50 RM. Mitglieder Ermäßigung.